



FAKTENHEFT

Litauen 2018

© Bürger Europas e.V.

Themenbereiche:

- 1 Geschichte des Europaparlaments
- 2 Jugend und Europa
- 3 Litauen in Europa
- 4 Europaparlament und Demokratie
- 5 Europa und die Welt
- 6 EU-Unionsbürgerschaft
- 7 Mitgliedsstaaten der EU
- 8 Berühmte Europäer

Foto des Plenarsaals des Europäischen Parlaments in Straßburg. Im Plenarsaal finden alle 751 Mitglieder des Europäischen Parlaments Platz. Während der Plenartagungen finden hier große und wichtige Debatten des Parlaments statt; viele historische Abstimmungen wurden hier bereits durchgeführt. Besuche des Plenarsaals sind kostenlos. Ein weiterer Plenarsaal des Europäischen Parlaments befindet sich in Brüssel.

Seit 1979 wird das Europaparlament...

1. alle 4 Jahre neu gewählt
- 2. direkt vom Volk gewählt**
3. vom Europarat beaufsichtigt

Die erste Direktwahl des Europäischen Parlamentes (EP) fand im Jahr 1979 statt. Damals gehörten nur neun Mitgliedstaaten zur Europäischen Gemeinschaft (EG) - die EU gab es noch nicht, sie wurde erst 1992 gegründet. Vor 1979 existierte zwar auch schon ein EP, welches aber nicht direkt von den Bürgern gewählt wurde. Die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten entsandten ihre eigenen Abgeordneten, die dann nationale und Europaabgeordnete zugleich waren. Das EP wird alle 5 Jahre neu gewählt. Diese nächste Europawahl findet im Mai 2019 statt. Der Europarat ist institutionell nicht mit der Europäischen Union verbunden, auch wenn beide die Europaflagge und die Europahymne verwenden.

Wie hat sich die Anzahl der Europaabgeordneten von 1958 bis heute entwickelt?

- 1. von 142 auf 751**
2. von 108 auf 585
3. von 56 auf 364

Der erste europäische Vertrag, der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), unterzeichnet 1951 von den Benelux-Staaten, Frankreich, Italien und der Bundesrepublik Deutschland, schuf die Parlamentarische Versammlung. Dieses Gremium setzte sich aus 78 von den Parlamenten der Mitgliedstaaten entsandten Parlamentariern zusammen. Mit den Römischen Verträgen (EWG und EURATOM,

unterzeichnet 1957) wurde die Parlamentarische Versammlung der EGKS als gemeinsames Organ der drei Europäischen Gemeinschaften geschaffen. Nach wie vor wurden die Abgeordneten von den Parlamenten der sechs Mitgliedstaaten nach Straßburg entsandt. Die 142 Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung traten erstmals im März 1958 zusammen. 1962 benannten sich die Mitglieder der Versammlung in "Europäisches Parlament" (EP) um. 1979 waren zum ersten Mal die Bürger aus den damaligen neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft aufgerufen, ihre Europaabgeordneten zu wählen. Es wurden 410 Abgeordnete nach Straßburg entsandt, die nach dem Prinzip der fallenden Proportionalität (degressive Proportionalität) gewählt wurden. Diese Methode wird bis heute angewandt. Staaten mit einer relativ geringen Einwohnerzahl sind dementsprechend überproportional stark im EP vertreten, während die Länder mit den höchsten Bevölkerungsanteilen unterrepräsentiert sind. Nach der letzten Europawahl 2014 setzt sich das EP aus 751 Abgeordneten aus 28 Ländern zusammen, davon kommen 11 aus Litauen.

Geschichte des Europaparlaments

Frage 3

Welches Recht hat das Europaparlament noch nicht?

1. Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission
- 2. Vorschlag von neuen Gesetzen**
3. Genehmigung des EU-Haushalts

In dem Prozess der Gesetzgebung für sekundäres Gemeinschaftsrecht verfügt allein die Europäische Kommission über das Vorschlagsrecht. Unter bestimmten Voraussetzungen kann das EP allerdings die Kommission auffordern, Vorschläge zu wichtigen Themen zu erarbeiten. Da alle Mitgliedsstaaten Souveränitätsrechte an die EU abtreten, entscheiden ihre Regierungsvertreter mit. Deswegen ist das Parlament im Gegensatz zu nationalen Parlamenten nicht der alleinige Rechtssetzer im Institutionengefüge der EU. Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren ist das wichtigste Gesetzgebungsverfahren in der EU. Dadurch ist das Parlament an der Mehrheit der Rechtssetzungsakte direkt beteiligt. Der Kommissionsvorschlag wird im Parlament beraten. Nach der Stellungnahme des EP, das den Vorschlag billigt oder Änderungsvorschläge äußert, ist die Zustimmung des Rats der EU notwendig. Erfolgt diese, ist der Rechtsakt angenommen. Ist der Rat mit den Vorschlägen nicht einverstanden, begründet er dies und das EP berät erneut. Dieses kann nun den Änderungsvorschlägen folgen und den Rechtsakt durch Abstimmung abschließen oder aber das Verfahren durch Ablehnung beenden. Auch kann es erneute Änderungen fordern. In dem Fall gibt die Kommission ihre Stellungnahme zu den Änderungswünschen des EP ab. Billigen die Minister den Entwurf in der Fassung des Parlaments, ist das Gesetz erlassen. Wenn die Kommission die Abänderungen des Parlaments abgelehnt hat, muss der Rat einstimmig entscheiden, um das Gesetz in Kraft zu setzen. Lehnt der Rat die Änderungen des Parlaments ab, muss ein Vermittlungsausschuss einberufen werden. Entscheidend ist, dass keine Rechtsetzung in der EU ohne Konsultation des EP möglich ist und ein Großteil der Rechtsetzungsakte nicht ohne seine Zustimmung erfolgen kann. Der Präsident der Europäischen Kommission wird vom Rat nominiert und dann vom Parlament für fünf Jahre gewählt. Derzeitiger Präsident ist Jean-Claude Juncker. Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon teilt sich das EP mit dem Rat die Befugnis, über den gesamten Jahreshaushalt der EU zu entscheiden. Dabei haben die Abgeordneten das letzte Wort.

2011 wurde das größte Besucherzentrum eines Parlaments in Europa eröffnet. Wie heißt dieses Zentrum?

1. Erlebnis Europa
2. Center of Europe
- 3. Parlamentarium**

Das Parlamentarium ist das Besucherzentrum des Europäischen Parlaments in Brüssel (im Espace-Léopold-Komplex). Dieses wurde am 14. Oktober 2011 vom damaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek nach vier Jahren Planungs- und Bauzeit eröffnet. Die Kosten für das Zentrum betragen 21 Mio. Euro. Das Parlamentarium ist auch die erste Ausstellung in Europa (auf rund 3 000 m²), die vollständig in den 24 Amtssprachen der Europäischen Union gestaltet ist. Tragbare Multimedia-Guides begleiten die Besucher ins Zentrum des Europäischen Parlaments und erklären, wie sich die europäische Integration entwickelt hat, wie das Europäische Parlament arbeitet und was ihre Mitglieder tun, um den Herausforderungen der Gegenwart zu begegnen. Zudem besitzt das Europäische Parlament Informationsbüros in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Ihre Aufgabe ist es, das Europäische Parlament und seine Mitglieder bekannter zu machen. Zu diesem Zweck stellen sie Informationen zur Verfügung, beantworten Fragen und bauen Beziehungen zu Bürgern, Interessensgruppen und den Medien auf. Siehe auch unter: <https://visit.brussels/de/place/Parlamentarium>

Seit der Gründung des Europaparlaments sitzen die Abgeordneten im Plenarsaal geordnet nach...

- 1. Fraktionen**
2. Sprachen
3. Ländern

Die Mitglieder des Parlaments werden nach Ländern gewählt, sie arbeiten im Europaparlament aber nicht entsprechend ihrer nationalen Zugehörigkeit, sondern nach ihrer politischen Orientierung zusammen. Wie auch in nationalen Parlamenten gibt es Fraktionen, in denen die Abgeordneten ähnlicher politischer Orientierung und Parteizugehörigkeit organisiert sind. Das Besondere im Europäischen Parlament ist die Vielzahl nationaler Parteien, die sich zu einer Fraktion zusammenschließen. Derzeit gibt es im Europäischen Parlament sieben Fraktionen, in denen über 200 nationale Parteien vertreten sind. Zur Bildung einer Fraktion müssen sich Abgeordnete aus verschiedenen Ländern zusammenfinden. Damit soll die grenzüberschreitende Kooperation von politischen Parteien und Abgeordneten angeregt werden. Seit der Europawahl im Juni

2009 müssen sich - gemäß einer Entscheidung des Europäischen Parlaments vom 9. Juli 2008 - mindestens 25 Mitglieder aus einem Viertel der Mitgliedsstaaten (derzeit wären es also mindestens sieben Mitgliedstaaten) für die Bildung einer Fraktion finden. Die große Mehrheit der Abgeordneten gehört einer der multinationalen Fraktionen an. Einige Mitglieder des Europäischen Parlaments sind auch fraktionslos und damit "Einzelkämpfer". Die derzeit größte Fraktion im Europäischen Parlament ist gegenwärtig die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP), gefolgt von der sozialdemokratischen Fraktion (S&D).

Geschichte des Europaparlaments

Frage 6

Was fand 2017 in Straßburg erstmals in der Geschichte der EU statt?

- 1. Europäischer Trauerakt**
2. Europäische Bürgerversammlung
3. Europäischer Kinderkonvent

Zur Würdigung des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers und großen Europäers Helmut Kohl wurde zum ersten Mal in der Geschichte der EU ein Europäischer Trauerakt durchgeführt. Der europäische Trauerakt fand am Samstag, den 1. Juli 2017 Uhr im Europäischen Parlament in Straßburg statt. Als Redner bei der Zeremonie sprachen der Präsident des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, der französische Präsident Emmanuel Macron sowie der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten Bill Clinton. Der aufgebahrte Sarg mit dem verstorbenen Altbundeskanzler war mit einer Europaflagge bedeckt. Nach dem europäischen Trauerakt, der etwa zwei Stunden dauerte, erfolgte die Überführung des Sarges nach Deutschland. Nach einem Requiem im Dom von Speyer wurde der ehemalige Bundeskanzler beigesetzt. Europäische Bürgerversammlung und Europäischer Kinderkonvent existieren nicht.

Foto vom Europäischen Jugendevent 2016 in Straßburg. Weitere Infos zum Europäischen Jugendevent folgen bei Frage 5 in diesem Themenbereich.

Seit Ende 2016 können sich junge Europäer*innen auch im ... engagieren.

1. Europäischen Jugendchor
2. Europäischen Jugendparlament
- 3. Europäischen Solidaritätskorps**

Das Europäische Solidaritätskorps schafft Möglichkeiten für junge Menschen, an Freiwilligenprojekten oder Beschäftigungsprojekten in ihrem eigenen Land oder im Ausland teilzunehmen. Die Freiwilligenprojekte bieten jungen Menschen die Möglichkeit, mittels einer Finanzhilfe eine zwei- bis zwölfmonatige Freiwilligentätigkeit in Vollzeit auszuüben. Im Rahmen der Beschäftigungsprojekte erhalten junge Menschen einen Arbeits-, Praktikums- oder Ausbildungsplatz in Organisationen unterschiedlichster Ausrichtung, die für ihre Solidaritätsprojekte Mitarbeiter suchen. 100.000 junge Leute sollen nach dem Willen der EU-Kommission bis 2020 beim europäischen Solidaritätskorps mitmachen. Junge Erwachsene zwischen 17 und 30 Jahren, die Hilfe in Notlagen leisten - als Helfer, Praktikanten, Auszubildende oder Angestellte für einen Zeitraum zwischen zwei Monaten und einem Jahr. Beim Solidaritätskorps gibt es zwei Varianten: Freiwillige Helfer bekommen kein Geld, sondern eine Art Stipendium für Lebensunterhalt, Reisekosten und Versicherungsschutz. Andere Teilnehmer werden in ein Praktikum oder einen Job vermittelt, für die entsprechend bezahlt wird. Partner des Solidaritätskorps sind Hilfsorganisationen, lokale Behörden und Unternehmen, die die Helfer anleiten und einsetzen. Zu den Aufgaben gehören z.B. Katastrophenvorsorge oder Wiederaufbau nach Naturkatastrophen, Hilfe in Aufnahmezentren für Asylsuchende oder Bewältigung sozialer Probleme in lokalen Gemeinschaften. Ziel des Europäischen Solidaritätskorps ist es, mehr jungen Menschen die Möglichkeit zu bieten an breit gefächerten Solidaritätsprojekten teilzunehmen. Seit Dezember 2016 können sich junge Menschen registrieren. Die erste Gruppe war in Norcia (Italien), um die laufenden Bemühungen zur Behebung der Schäden und zum Wiederaufbau sozialer Dienste in den Gemeinden zu unterstützen, die vor einem Jahr von schweren Erdbeben getroffen wurden. 2017 konnten sie ab Juni 2017 zu den Projekten hinzustoßen.

Das Europäische Jugendparlament bietet seit seiner Gründung 1990 jungen Menschen einen Raum, sich aktiv mit europapolitischen und gesellschaftlichen Fragen auseinanderzusetzen, Visionen zur weiteren Gestaltung Europas zu entwickeln und diese mit anderen zu diskutieren. Das Europäische Jugendchor Festival Basel (EJCF)

wurde 1992 von der Christoph Merian Stiftung ins Leben gerufen. Es findet jeweils in Basel im Mai statt. Das Konzept dieses Festivals für Chöre stieß von Anfang an auf große Begeisterung. Inzwischen zieht das Chorfestival mehr als 22.000 Personen an und hat sich als Anlass etabliert, der es versteht, Menschen aller Generationen und vieler Kulturen zu begeistern und mittels Gesang zusammenzuführen. Europaweit gilt das Festival als der renommierteste Treffpunkt für herausragende Kinder- und Jugendchöre.

Jugend und Europa

Frage 2

Mit dem Europass können sich junge Europäer*innen...

- 1. für einen Job bewerben**
2. leichter durch die EU bewegen
3. ein kostenloses Bankkonto eröffnen

Der Europass ist ein vereinheitlichtes Dokument, mit dem man all seine Qualifikationen und Kompetenzen europaweit transparent und verständlich darstellen kann. Mit Hilfe des Europasses wird das Lernen und Arbeiten in anderen Ländern Europas vereinfacht, sei es beim Studium, Ausbildung oder bei der Jobsuche. Der Europass besteht aus fünf Dokumenten: dem Europass Lebenslauf, dem Europass Sprachenpass, den Europass Zeugniserläuterungen, dem Europass Mobilität und dem Europass Diploma Supplement. Der Lebenslauf sowie auch der Sprachenpass sind Dokumente, die man selbstständig ausfüllen kann, währenddessen die anderen Dokumente von den Bildungseinrichtungen der jeweiligen Länder ausgestellt werden müssen. Das Ziel des Europasses ist es, die Mobilität der Studenten und Arbeiter in ganz Europa zu fördern und so können durch die verschiedenen Dokumente die Fähigkeiten und Qualifikationen jedes einzelnen klar und einfach europaweit dargestellt werden. Siehe auch unter: <https://europass.cedefop.europa.eu/de>

Jugend und Europa

Frage 3

Nur in einem EU-Land, in Österreich, können junge Leute unter 18 Jahren...

1. Bürgermeister werden
- 2. an der Europawahl teilnehmen**
3. öffentliche Verkehrsmittel kostenlos nutzen

Das Europäische Parlament wird als einziges EU-Organ alle fünf Jahre demokratisch von den Bürgerinnen und Bürgern der EU gewählt. Die nächste Europawahl findet 2019 statt. Wahlberechtigt zur Europawahl in fast allen EU-Ländern sind Bürgerinnen und Bürger mit EU-Staatsbürgerschaft und dem 18. vollendeten Lebensjahr. Für die

Europawahl muss man im Wählerverzeichnis seiner Heimatgemeinde geführt werden oder einen Wahlschein haben.

Vor zehn Jahren wurde in Österreich das Wahlalter herabgesetzt. Jugendliche, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben, dürfen seither bei Nationalratswahlen, bei Gemeinderats-, Landtags- und Bundespräsidentenwahlen und bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ihre Stimme abgeben. Österreich ist bislang das einzige EU-Land, in dem die Teilnahme an nationalen sowie an den Wahlen zum Europäischen Parlament ab 16 erlaubt ist.

Jugend und Europa

Frage 4

Die Europäische Jugendgarantie sorgte bei Millionen junger Leute für...

- 1. neue Jobangebote**
- 2. besseren Versicherungsschutz**
- 3. stabilere Gesundheit**

Die Europäische Jugendgarantie ist die Zusage aller EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten, dass alle jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben, ein qualitativ hochwertiges Angebot für einen Arbeitsplatz, eine Fortbildung, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum erhalten. Alle EU-Länder haben sich in einer Empfehlung des Rates vom April 2013 der Umsetzung der Jugendgarantie verschrieben. Die Jugendgarantie hat dazu beigetragen, das Leben von Millionen junger Europäer zu verbessern. Seit 2014 haben sich jährlich mehr als 5 Millionen junge Menschen in Jugendgarantie-Programmen registriert. Seitdem haben jedes Jahr über 3,5 Millionen von ihnen ein Stellen-, Weiterbildungs-, Praktikums- oder Ausbildungsangebot angenommen. Mehr als zwei Drittel der jungen Menschen, die die Jugendgarantie im Jahr 2016 verließen, haben ein Stellen-, Weiterbildungs-, Praktikums- oder Ausbildungsangebot angenommen. Im Rahmen der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen erhielten über 1,7 Millionen junge Menschen in der EU direkte Unterstützungen. So haben sich seit der Einführung der Jugendgarantie vor vier Jahren die Möglichkeiten für junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt deutlich verbessert. Nahezu 2 Millionen weniger junge Menschen in der EU sind nämlich arbeitslos und 1 Million weniger Jugendliche sind weder in Arbeit noch in Ausbildung. Die Jugendarbeitslosigkeit ist von einem Höchststand von 23,7 % im Jahr 2013 auf 18,7 % im Jahr 2016 zurückgegangen. Auch wenn solche Trends vor dem Hintergrund zyklischer Faktoren betrachtet werden müssen, ist festzuhalten, dass die Jugendgarantie die Verbesserung der Situation beschleunigt, indem sie die Möglichkeiten für junge Menschen verbessert. Damit die Jugendgarantie umgesetzt werden kann, muss Jugendbeschäftigung in den Staatshaushalten stärker berücksichtigt werden. Nur so können höhere Kosten in der Zukunft vermieden werden. Die EU wird im Rahmen des

Europäischen Sozialfonds und der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen Mittel zu den Budgets der EU-Länder zuschießen.

Jugend und Europa

Frage 5

Beim Europäischen Jugend-Event treffen sich alle 2 Jahre über 7.000 junge Europäer*innen in Straßburg ...

- 1. zur Diskussion über Europa**
2. zum Sport
3. zum Feiern und Tanzen

Das European Youth Event (EYE) ist eine Veranstaltung, die vom Europäischen Parlament veranstaltet wird und von diesem 2014 ins Leben gerufen wurde. Die Veranstaltung hat das Ziel, junge Europäer zur aktiven Teilnahme anzuregen. Das EYE findet alle zwei Jahre im Europäischen Parlament mit Sitz in Straßburg mit mehreren tausend Jugendlichen im Alter von 16 bis 30 Jahren statt und lädt sie ein, an Diskussionen über aktuelle Themen mit Entscheidungsträgern und Referenten mit weitgefächerter professioneller Erfahrung teilzunehmen. Die Jugendlichen nehmen in Gruppen von ca. 10-20 jungen Leuten am EYE teil. Bisher fand das EYE dreimal statt, 2014, 2016 und 2018. Siehe auch unter: <http://www.europarl.europa.eu/european-youth-event/en/home/home.html>

Jugend und Europa

Frage 6

Was verschenkte die Europäische Kommission 2018 erstmalig an Jugendliche der EU?

- 1. Interrail-Tickets**
2. Bildungsgutscheine
3. Fahrräder

18-jährige EU-Bürger konnten sich im Juni 2018 erstmals um eines von 15.000 kostenlosen Interrail-Tickets bewerben. Diese Fahrkarten ermöglichen einen Monat lang kostenlose Bahnreisen durch vier Länder der Union. Die Aktion "DiscoverEU" geht zurück auf die Idee von Aktivisten, jedem EU-Bürger zum 18. Geburtstag ein Interrail-Ticket zu schicken, um die jungen Leute mit dem Kontinent und seinen Kulturen vertraut zu machen. In der ersten Runde wählt eine Jury 15.000 Gewinner aus, die eine Woche später eine Antwort erhalten. Sie können dann mit einem sogenannten Travel-Pass im Sommer 30 Tage lang per Zug durch vier EU-Staaten reisen. Die Ziele müssen vorab genannt werden. Reiseabschnitte mit Bus oder Fähre sind möglich. EU-Bürger können sich allein oder in Gruppen von bis zu fünf Menschen bewerben. Diese tolle Jugendaktion der Europäischen Kommission soll in den kommenden Jahren mit steigender Anzahl von Tickets fortgesetzt werden.

InterRail bezeichnet eine Zugfahrkarte für die erste oder zweite Klasse zu einem Pauschalpreis, mit dem über einen bestimmten Zeitraum unbegrenzt viele Zugfahrten bei bestimmten europäischen Eisenbahngesellschaften genutzt werden können. Erforderliche Reservierungen und Aufpreise für manche Züge sind im Ticket nicht enthalten und müssen vor dem Fahrtantritt beglichen werden. Der Pass gewährt auch Boni für bestimmte Unternehmen (etwa für Fährunternehmen und Eisenbahnmuseen). InterRail entstand im Kontext einer Zeit, in der die klassischen Familien- und Pauschalreisen, die sich in Europa während der 1950er und 1960er Jahre etabliert hatten, von jungen Menschen der 68er-Bewegung in Frage gestellt wurde und der Hippie trail als alternative Reiseform an Bedeutung gewann. Die Fahrkarte wurde am 1. März 1972 von mehreren europäischen Eisenbahngesellschaften eingeführt.

Litauen in Europa

Foto

Foto mit Bürgern aus Litauen, die kleine litauische Fahnen und EU-Fahnen schwenken. Ein Foto mit Symbolcharakter für die Verbundenheit Litauens mit der EU.

Litauen in Europa

Frage 1

In welcher europäischen Metropole hat die litauische Vertretung bei der EU ihren Sitz?

1. Luxemburg
- 2. Brüssel**
3. Straßburg

Die Ständige Vertretung Litauens in Brüssel fungiert als Bindeglied zwischen Litauen und den Organen der EU. Als eine Art litauische Botschaft bei der EU besteht ihre Aufgabe vorwiegend in der möglichst wirksamen Vertretung der Interessen und der Politik Litauens auf EU-Ebene. Sie liegt zentral in der Rue Belliard 41-43/Belliardstraat 41-43 1040 Brüssel und bietet damit kurze Wege zu den wichtigen Entscheidungsträgern in Brüssel. Die litauische Vertretung bei der EU setzt sich für die Interessen Litauens auf EU-Ebene ein und informiert die heimische Regierung zudem immer wieder über aktuelle Entwicklungen in Brüssel, Straßburg oder Luxemburg. Auch Vertreter aus der Wirtschaft, aus Verbänden und Kammern, aus Forschungseinrichtungen, Hochschulen oder politisch interessierten Gruppen können die Vertretung als ersten Ansprechpartner zu EU-Themen nutzen. Außerdem soll Besuchern durch verschiedene Veranstaltungen vor Ort die litauische Kultur nähergebracht werden. Neben der Vertretung bei der EU unterhält Litauen zwei weitere Vertretungen in Brüssel und zwar die litauische Botschaft in Belgien und die Vertretung bei der NATO. Das Europäische Parlament und die Europäische Kommission haben auch eine Vertretung in Litauen mit Sitz in Vilnius. Auch diese Vertretungen fungieren als Bindeglied zwischen der EU und Litauen.

Welche sind die beliebtesten Zielländer litauischer ERASMUS-Studierender?

- 1. Spanien, Portugal, Italien**
2. Spanien, Frankreich, Großbritannien
3. Großbritannien, Spanien, Deutschland

Im Jahr 2016 waren die beliebtesten Zielländer litauischer Erasmusstudenten Spanien, Portugal und Italien. Die Hauptsende-Universitäten waren 2016 die Vilnius University Vilnius Gediminas Technical University und Kaunas University of Technology. 2016 sind rund 4.400 litauische Studenten über das ERASMUS-Programm ins Ausland gegangen. Über 2.800 ausländische Studenten haben an litauischen Universitäten und Hochschulen ihr ERASMUS-Programm erlebt.

Das Anfang 2014 eingeführte Erasmus plus ist das Nachfolge-Programm von Erasmus und ist vorerst bis 2020 ausgelegt. Neben dem klassischen Studentenaustausch, sind nun auch Menschen in beruflicher Ausbildung, Schüler und Sportler in das Programm integriert. Für Menschen in beruflicher Ausbildung können Unternehmen, berufsbildende Schulen etc. einen Antrag auf Förderung ihrer Auszubildenden einreichen. Der aktuelle Vorschlag der EU- Kommission für das Erasmus plus Budget 2021-2027 in Höhe von insgesamt 3,1 Mrd. Euro wäre eine Verdoppelung gegenüber dem Vorgängerhaushalt. Siehe auch unter: <https://www.erasmusplus.de/>

In der EU-Agentur EIGE in Vilnius werden seit 2007...?

1. Arzneimittel getestet
2. Fluglinien beobachtet
- 3. Rechte von EU-Bürgern gestärkt**

Die dezentralen Agenturen spielen eine wichtige Rolle in der EU. Sie tragen dazu bei, Europa wettbewerbsfähiger und zu einem angenehmeren Ort zum Leben und Arbeiten zu machen. So dienen sie den Interessen aller EU-Bürgerinnen und -Bürger. Die Agenturen wurden von der EU eingerichtet, um technische und wissenschaftliche Aufgaben zu erfüllen und die EU-Institutionen bei der Umsetzung von Strategien und der Entscheidungsfindung zu unterstützen. Die Agenturen sind über die gesamte EU verteilt. Mit ihrem Fachwissen sind sie von großem Nutzen für die EU-Institutionen und die EU-Länder. Sie befassen sich beispielsweise mit folgenden Bereichen: Nahrungsmittel, Arzneimittel, Chemikalien, Bildung, Qualität unserer Arbeitsumgebung und unseres Arbeitslebens, Justiz, Verkehrssicherheit, Sicherheit allgemein und Grundrechte. Zu den bekanntesten EU-Agenturen gehören z.B. FRONTEX in Warschau

(Grenz- und Küstenschutz), EBA ab 2019 in Paris (Europäische Bankenaufsicht) und EUROPOL in Den Haag (Europäische Polizeibehörde).

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) ist eine EU-Agentur, die sich in der EU und darüber hinaus für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzt. Zu diesem Zweck unterstützt das EIGE Forschung, Datenerfassung und empfehlenswerte Verfahren, unter anderem durch:

- Erstellung eigener Studien und Statistiken über die Gleichstellung der Geschlechter in der EU
- Überwachung der Umsetzung internationaler Verpflichtungen der EU hinsichtlich der Geschlechtergleichstellung und jährlicher Fortschrittsbericht dazu
- Einsatz gegen Gewalt an Frauen und Koordinierung der „White Ribbon Campaign“ (Weiße Schleife) für Europa, eine Männerbewegung gegen Geschlechtergewalt
- Verbreitung von Wissen und Online-Ressourcen, Unterstützung der EU-Institutionen, EU-Mitgliedsländer und Interessenträger aus zahlreichen Fachbereichen in ihren Bemühungen um Geschlechtergleichstellung in Europa und darüber hinaus

Weitere Informationen zu dieser EU-Agentur unter: <http://eige.europa.eu/lt> und https://europa.eu/european-union/about-eu/agencies/eige_de

Litauen in Europa

Frage 4

Welche litauische Spezialität trägt das EU-Gütesiegel „garantiert traditionelle Spezialität“?

1. Kibinai
2. Cepelinai
3. **Skilandis**

1992 wurden verschiedene EU-Gütesiegel für Lebensmittel eingeführt. Seitdem genießen über eintausend Produkte aus allen EU-Ländern z.B. Lübecker Marzipan aus Deutschland, Serrano-Schinken aus Italien, das bulgarische Filet Elena oder Skilandis aus Litauen einen besonderen Schutz durch die EU. Zudem dürfen die Produzenten mit dem EU-Gütesiegel werben. Wir unterscheiden in der EU drei verschiedene Gütesiegel:

Mit einer geschützten Ursprungsbezeichnung (g.U.) werden Erzeugnisse gekennzeichnet, die in einer bestimmten geografischen Region erzeugt, verarbeitet und zubereitet wurden, wobei lokale Hersteller überliefertes Wissen und Ausgangsstoffe aus der Region nutzen. Die Eigenschaften dieser Produkte haben einen Bezug zu ihrer geografischen Herkunft.

Mit einer **geschützten geografischen Angabe (g.g.A.)** werden Erzeugnisse gekennzeichnet, deren Qualität oder Ruf mit dem Ort oder der Region verbunden ist, in der sie erzeugt, verarbeitet oder zubereitet werden. Die Ausgangsstoffe müssen jedoch nicht notwendigerweise aus derselben geografischen Region stammen.

Mit dem Logo der **garantiert traditionellen Spezialität (g.t.S.)** werden Erzeugnisse mit einer überlieferten Besonderheit hinsichtlich ihrer Zusammensetzung oder ihrer Herstellungsweise gekennzeichnet, die keinen Bezug zu einer bestimmten geografischen Region haben.

Spezielle Informationen rund um das Produkt „Skilandis“

finden Sie unter <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:106:0027:0032:DE:PDF> und <http://ec.europa.eu/agriculture/quality/door/list.html>

Litauen in Europa

Frage 5

Dank des EU-geförderten Projekts „CHEMSEA“ wurde.....

1. chemische Industrie in Litauen gefördert
2. Chemieunterricht an litauischen Gymnasien lebendiger gestaltet
- 3. chemische Munition aus der Ostsee vernichtet**

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden circa 50 000 Tonnen chemischer Munition in der Ostsee entsorgt und bedrohen dort die Umwelt. Das Projekt CHEMSEA versucht, mehr über die Lage der Entsorgungsgebiete, den Inhalt und Zustand der Munition und ihre Reaktion auf die Bedingungen in der Ostsee herauszufinden. CHEMSEA untersucht offizielle und inoffizielle Entsorgungsgebiete mittels Hydroakustik und Magnetometermessungen, um Verbindungen zwischen Objekten auf dem Meeresboden und Störungen im Magnetfeld zu ermitteln, Strömungen zu untersuchen und Sedimentproben zu entnehmen, mit denen die natürlichen Eigenschaften der Gebiete ermittelt werden sollen. Zur Kartierung gehört die Kategorisierung von Objekten, die Auswahl der Objekte, die weiter untersucht werden müssen, und die Eintragung von Koordinaten von Munition und kontaminierten Sedimenten in Karten. CHEMSEA hat sich die nationale Gesetzgebung zu chemischen Kampfstoffen angesehen und Leitlinien für den Umgang mit Munition sowie die Entsorgung gefährlicher Abfälle und kontaminierter Sedimente formuliert. Ein regionaler Notfallplan aus Verhaltenskodizes wurde erarbeitet, der zum Einsatz kommt, falls chemische Munition unabsichtlich aus dem Meer geholt oder an Land geschwemmt wird. Für beide Szenarien wurden Modelle entwickelt, durch die eine Standardisierung der nationalen Notfallverfahren und -pläne erreicht wurde. Darüber hinaus wurde ermittelt, wie hoch das Bewusstsein unter Fischern, Offshore-Arbeitern und anderen Gruppen ist, die mit chemischen Kampfstoffen in Kontakt kommen könnten. Durch Schulungen wurde das Wissen über auf See entsorgte chemische Munition sowie die vorbildlichen

Vorgehensweisen zur Minimierung der Bedrohungen weitergegeben. Chemische Kampfstoffe stellen bei Freisetzung eine Gefahr dar (dies kann durch die Korrosion der Metallhüllen geschehen). Das genaue Ausmaß der Korrosion chemischer Kampfstoffe in der Ostsee ist nicht bekannt, hängt allerdings unter anderem vom Material der Munition, der Dichte der Hülle und der Art des Entsorgungsgebiets ab. Das Wissen über die Auswirkungen chemischer Kampfstoffe auf die marine Umwelt ist also begrenzt. Es ist unwahrscheinlich, dass die Munition an Land gespült wird, aber neue Technologien machen Aktivitäten in Tiefseegebieten möglich, wo Munition entsorgt wurde und mechanische Störungen zu Lecks führen könnten. Pro Jahr werden ungefähr 10 Fälle gemeldet, in denen ein Fischer chemische Kampfstoffe in seinem Netz gefunden hat. Die Gesamtinvestitionen für das Projekt „CHEMSEA“ belaufen sich auf EUR 4 500 000, an denen sich der Europäische Fonds für regionale Entwicklung mit EUR 3 621 910 im Rahmen des operationellen Programms „Ostseeraum“ beteiligt.

Litauen erhält in der aktuellen EU-Förderperiode 2014 bis 2020 8,3 Mrd. Euro aus den verschiedenen Fonds und Programmen der EU. Außerdem erhält Litauen zusätzlich Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums und die Fischerei und den maritimen Sektor. Bitte recherchieren Sie nach einigen Projekten in Ihrer Region, die mit Hilfe von EU-Fördergeldern realisiert wurden. Siehe auch unter: https://europa.eu/european-union/about-eu/countries/member-countries/lithuania_de

Litauen in Europa

Frage 6

An welcher aktuellen Aufgabe arbeitet der litauische EU-Kommissar Vytenis Andriukaitis?

1. **Kampf gegen Lebensmittelverschwendung**
2. Entwurf für den EU-Haushalt
3. neue Fischfangquoten für Nord- und Ostsee

Die 28 Mitglieder der Europäischen Kommission (Kommissare/innen) aus den einzelnen EU-Mitgliedstaaten übernehmen die politische Leitung der Kommission für einen Zeitraum von fünf Jahren. Der Präsident der Kommission überträgt jedem Kommissionsmitglied die Verantwortung für einen bestimmten Politikbereich. Dem Kollegium der Kommissionsmitglieder gehören der Kommissionspräsident, seine sieben Vizepräsidenten/-präsidentinnen einschließlich des Ersten Vizepräsidenten, die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik sowie 20 Kommissarinnen und Kommissare für die einzelnen Ressorts an. Die laufenden Arbeiten der Kommission werden von ihren Bediensteten ausgeführt (Juristen, Wirtschaftswissenschaftler usw.), die in verschiedenen Abteilungen, genannt Generaldirektionen (GDs) tätig sind, welche jeweils einen bestimmten Politikbereich abdecken.

Die EU-Bürgerinnen und -Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Lebensmittel sicher, gesund und hochwertig sind. In den späten 1990er-Jahren wurde durch verschiedene Lebensmittelskandale die Notwendigkeit einheitlicher Grundsätze und Anforderungen im Bereich des Lebens- und Futtermittelrechts auf EU-Ebene deutlich. Dementsprechend erarbeitete die Kommission ein integriertes Konzept für

Lebensmittelsicherheit – vom Erzeuger zum Verbraucher –, das sie in ihrem Weißbuch zur Lebensmittelsicherheit erstmals ausführte. Das Konzept betrifft sämtliche Stufen der Lebensmittelkette: Futtermittelerzeugung, Primärproduktion, Lebensmittelverarbeitung. Ziele der EU sind

- Schutz des Lebens und der Gesundheit des Menschen sowie der Verbraucherinteressen und Gewährleistung fairer Bedingungen im Lebensmittelhandel unter Berücksichtigung der Gesundheit und des Wohlergehens von Tieren, Pflanzen und Umwelt
- Gewährleistung des freien Verkehrs der in der EU erzeugten und vertriebenen Lebens- und Futtermittel im Einklang mit der Verordnung über das allgemeine Lebensmittelrecht
- Erleichterung des weltweiten Handels mit sicheren Futtermitteln und sicheren und gesunden Lebensmitteln unter Berücksichtigung internationaler Standards und Übereinkünfte bei der Erarbeitung von EU-Rechtsvorschriften, sofern dies das hohe Verbraucherschutzniveau in der EU nicht beeinträchtigt

Schätzungen zufolge werden in der EU pro Jahr 88 Millionen Tonnen Lebensmittel verschwendet. Dies entspricht umgerechnet einer Menge von 173 Kilogramm pro Person. Welche Sektoren tragen am meisten zur Lebensmittelverschwendung bei? Was wird auf EU-Ebene unternommen, um diese Verschwendung zu verringern? Und was können Sie als Verbraucher tun? In der Landwirtschaft, bei der Lebensmittelverarbeitung, in Geschäften, Restaurants und Zuhause - Lebensmittel gehen entlang der gesamten Versorgungs- und Verbrauchskette verloren oder werden verschwendet. Schätzungen zufolge sind im Durchschnitt die Haushalte mit 53 Prozent und die verarbeitende Industrie mit 19 Prozent die Hauptverursacher der Lebensmittelverschwendung in der EU. Die EU schlägt Maßnahmen vor, um die pro Jahr anfallende Menge von 88 Millionen Tonnen verschwendeten Lebensmitteln bis 2025 um 30 Prozent und bis 2030 um 50 Prozent zu verringern. Mit dieser Zielsetzung bekräftigen die EU-Abgeordneten erneut das Ziel, das sie bereits im Rahmen des sogenannten Abfallpakets, über das im März abgestimmt worden ist, gesetzt haben. Der Bericht schlägt vor, Lebensmittelspenden zu erleichtern. Die EU-Kommission wird aufgefordert, eine Änderung der aktuellen Mehrwertsteuerrichtlinie vorzuschlagen, mit dem Ziel, Steuerbefreiungen auf Lebensmittelspenden ausdrücklich für zulässig zu erklären. Durch Lebensmittelspenden wird die Verschwendung von Lebensmitteln reduziert und Menschen geholfen.

Die Gesundheitspolitik der EU konzentriert sich auf Vorbeugung, gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen und eine hochwertige medizinische Versorgung für alle sowie auf die Bekämpfung EU-weiter, ernster Gesundheitsbedrohungen. Eine gesunde Bevölkerung ist auch gut für die Wirtschaft, und deshalb setzt sich die Kommission dafür ein, die EU-Gesundheitssysteme zugänglich, effizient und belastbar zu gestalten. Die EU engagiert sich in vielen verschiedenen Bereichen, zum Beispiel in der Bündelung von Wissen über Brust-, Gebärmutterhals- und Darmkrebs, der Förderung einer gesunden Ernährung und Bewegung sowie durch Rechtsvorschriften zu Tabakprodukten und Werbung im Kampf gegen das Rauchen. Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten beurteilt aufkommende Bedrohungen, damit EU und nationale Gesundheitsbehörden rasch reagieren können. Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger und zur Gewährleistung der besten Behandlung für alle müssen alle Arzneimittel in der EU auf nationaler oder europäischer

Ebene von der Europäischen Arzneimittel-Agentur zugelassen werden, bevor sie auf den Markt gebracht werden. Ziele der EU sind

- Schutz der EU-Bürger/-innen vor schwerwiegenden grenzübergreifenden Gesundheitsgefahren
- Beitrag zu effizienten, zugänglichen und belastbaren Gesundheitssystemen
- Erleichterung des Zugangs zu besserer und sichererer Gesundheitsversorgung für die EU-Bürger/-innen
- Förderung der Gesundheit, Prävention von Krankheiten und Schaffung von guten Rahmenbedingungen für eine gesunde Lebensführung

Vytenis Povilas Andriukaitis ist ein litauischer sozialdemokratischer Politiker. Er ist seit November 2014 EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Andriukaitis wurde in Sibirien geboren, wohin seine litauischen Eltern 1941 vom stalinistischen Regime deportiert worden waren. Erst gegen Ende der 50er-Jahre konnte die Familie nach Litauen zurückkehren. 1969 bestand Vytenis Andriukaitis an der 24. Mittelschule in Kaunas mit Auszeichnung die Abiturprüfung. Von 1969 bis 1975 absolvierte er ein Studium der Chirurgie am Medizinischen Institut Kaunas, von 1979 bis 1984 studierte er Geschichte an der Universität Vilnius. Von 1976 bis 1984 arbeitete er als Chirurg im Krankenhaus Ignalina. 1980 machte er einen Abschluss in Militärchirurgie in Riga. Von 1985 bis 1993 arbeitete er beim Klinischen Krankenhaus Vilnius als Kardiochirurg. 1988–1989 war er Mitglied der Unabhängigkeitsbewegung Sajūdis. Von 1989 bis 1999 und 2001 war er stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Litauens, von 1999 bis 2000 ihr Vorsitzender. Von 1992 bis 2004 und von 2008 bis 2014 gehörte er dem litauischen Parlament (Seimas) an, von 2001 bis 2004 als dessen Vizepräsident. Von 2012 bis Juni 2014 war er Gesundheitsminister Litauens. Seit dem 1. November 2014 ist er EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Außer Litauisch spricht Andriukaitis auch Polnisch, Englisch, Russisch, Deutsch und Esperanto. Er ist verheiratet und hat drei Kinder.

Weitere Informationen zum Arbeitsbereich von Vytenis Andriukaitis finden Sie unter: https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2014-2019/andriukaitis_lt und https://ec.europa.eu/info/departments/health-and-food-safety_de

Europaparlament und Demokratie

Foto

Foto einer Veranstaltung von **Pulse of Europe** (englisch für „Europas Puls“), einer überparteilichen und unabhängigen Bürgerinitiative, die 2016 in Frankfurt am Main gegründet wurde. Ihr Ziel ist es, „den europäischen Gedanken wieder sichtbar und hörbar machen“. Angesichts des EU-Austritts des Vereinigten Königreichs und des vermehrten Auftretens rechtspopulistischer und nationalistischer Parteien ist es ihr Anliegen, dieser Entwicklung mit einer öffentlichen, proeuropäischen Bewegung

entgegenzutreten. Pulse of Europe hat in den letzten zwei Jahren wesentlich zum Demokratieverständnis innerhalb der EU beigetragen.

Europaabgeordnete waren 2017 u.a. in Sambia, Ghana, Moldawien und in der Mongolei auf Mission. Worin bestand ihr Aufgabe?

- 1. Beobachtung von Wahlen**
2. Beratung von Regierungen
3. Übergabe von Geschenken

Wahlbeobachtungsmissionen werden von der Europäischen Union in Drittländern auf Einladung des Landes durchgeführt, in dem die Wahlen stattfinden. Sie unterstehen einem Mitglied des Europäischen Parlaments (MEP), das die Leitung der Wahlbeobachtungsmission übernimmt. Die Liste der Länder, in denen in erster Linie eine Wahlbeobachtung erforderlich ist, wird vom Europäischen Auswärtigen Dienst in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament erstellt. Die endgültige Entscheidung über die Entsendung einer Wahlbeobachtungsmission in ein bestimmtes Land liegt bei der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin der Union. Unter Leitung von Mariya Gabriel aus Bulgarien fand eine Wahlbeobachtungsmission in Gabun statt mit den Empfehlungen u.a. für eine größere Unabhängigkeit der Judikative zu sorgen und die Verwaltung der Wahlen transparenter zu gestalten. Die EU unterstützt demokratische Wahlen über Wahlhilfeprojekte und EU-Wahlbeobachtungsmissionen. Im Rahmen des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte finanziert der Dienst für außenpolitische Instrumente in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Demokratieunterstützung und Wahlen des Europäischen Auswärtigen Dienstes die EU-Missionen zur Beobachtung und Bewertung von Wahlen in Partnerländern im Rahmen einer Langzeit-Methodik nach internationalen Standards. In diesem Zusammenhang werden auch Empfehlungen zur Verbesserung demokratischer Prozesse rund um die Wahlen formuliert. Mit einem Jahresbudget von rund 38 Mio. EUR für die Wahlbeobachtung finanziert die EU jährlich weltweit rund 10 umfassende Beobachtungsmissionen. Diese bestehen aus einem Kernteam von Analysten und Kurzzeit- sowie Langzeitbeobachtern. Entsandt werden Wahlbeobachtungsmissionen in erster Linie nach Afrika, in den Nahen Osten, Asien, Lateinamerika und die Karibik.

Siehe auch unter: http://ec.europa.eu/dgs/fpi/what-we-do/election_observation_missions_de.htm

Nach welchem Prinzip unterstützt das Europaparlament weltweit Demokratie?

1. Schritt für Schritt
- 2. mehr für mehr**
3. alles oder nichts

Mit den politischen Umbrüchen in der arabischen Welt im Jahr 2011 entschied die EU die Zusammenarbeit mit den Ländern der Region zu intensivieren und stärker zu differenzieren. In diesem Zusammenhang kam auch das „mehr-für-mehr“-Prinzip auf, mit dem Ziel demokratische Transformationsprozesse in der Region zu unterstützen. Die wichtigsten operativen Instrumente der ENP sind Aktionspläne, die mit den Partnerländern vereinbart werden. Diese umfassen eine politische Agenda mit politischen und wirtschaftlichen Reformen innerhalb eines Zeitraums von drei bis fünf Jahren. Als Gegenleistung für positive Entwicklungen bietet die EU eine intensivere Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und Mobilität sowie eine größere finanzielle Unterstützung an. Die Finanzierung erfolgt meist durch das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI). Für den Zeitraum von 2014 bis 2020 stehen Mittel in Höhe von 15,4 Mrd. Euro zur Verfügung.

Die derzeit am weitesten entwickelte Beziehung unter den südlichen Partnerländern hat die EU mit Marokko, das in den letzten Jahren Fortschritte im Bereich der Menschenrechte gemacht hat. Seit 2012 ist bspw. der Nationalrat für Menschenrechte tätig. Auch wirtschaftlich ist das Land auf Modernisierungskurs. Die Mobilitätspartnerschaft zwischen der EU und Marokko wurde im Juni 2013 unterzeichnet. Marokko ist das erste Land in der Region, das Verhandlungen über eine Regelung zur Erleichterung der Visaerteilung und zu einem umfassenden Freihandelsabkommen mit der EU aufgenommen hat. Zusätzlich ist 2014 ein neues Fischereiabkommen in Kraft getreten. Im Februar 2016 eröffnete Marokko zudem den ersten Teil des bald größten Solarkraftwerks der Welt. Finanzielle Unterstützung kam auch hierfür zu großen Teilen aus Deutschland und der EU.

Die vier Grundfreiheiten der EU garantieren den freien Verkehr von Kapital, Waren, Personen und...

1. Daten
- 2. Dienstleistungen**
3. Drogen

Der europäische Binnenmarkt existiert in seiner Form seit dem 1. Januar 1993 (Maastricht Vertrag). Heutzutage, durch die allmähliche Erweiterung der Zahl der Mitgliedsstaaten auf 28, ist es der größte gemeinsame Markt der Welt. Die vier Grundfreiheiten (Freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen)

sind die Grundlage für die Existenz des Binnenmarktes. Die Dienstleistungsfreiheit besagt, dass jeder Unternehmer mit Niederlassung in einem EU-Staat seine Dienstleistungen auch in anderen Mitgliedsländern anbieten und durchführen darf. Jeder EU-Bürger und dessen Familienangehörige haben also das Recht, sich im Hoheitsgebiet der EU frei zu bewegen und aufzuhalten.

Schengener Abkommen: internationales Übereinkommen seit 1985 insbesondere zur Abschaffung der stationären Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der teilnehmenden Staaten. Aus Drittstaaten gibt es einheitliche Einreisevoraussetzungen. Der freie Kapital- und Zahlungsverkehr gestattet den Transfer von Geldern und Wertpapieren, sowohl zwischen den Mitgliedsstaaten als auch zwischen den Mitgliedsstaaten und Drittstaaten. Die Warenverkehrsfreiheit besagt, dass der Handel zwischen Mitgliedsstaaten keinen Beschränkungen unterworfen ist. Mengenmäßige Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sind verboten. Die Regelungen gelten für alle Waren aus den Mitgliedsländern sowie für Waren aus Drittstaaten, die in der EU im freien Umlauf sind. Die Personenfreizügigkeit bezieht sich vor allem darauf, dass Unionsbürger die freie Wahl haben, in welchem Mitgliedsland sie arbeiten und leben wollen (Arbeitnehmerfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit).

Das „mehr-für-mehr“-Prinzip besagt, dass die EU stärkere Partnerschaften zu den Ländern entwickelt, die größere Fortschritte in demokratischen Reformen machen. Das Prinzip ist Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), welche aus der – bereits erwähnten – Östlichen Partnerschaft und der sogenannten Südlichen Nachbarschaft besteht. In der Südlichen Nachbarschaft wird die Unterstützung der EU in den Staaten Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, den palästinensischen Autonomiegebieten, Syrien und Tunesien gebündelt. Die EU garantiert den Nachbarländern eine privilegierte Partnerschaft auf Grundlage des beiderseitigen Bekenntnisses zu gemeinsamen Werten (Demokratie und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit etc.). Die ENP ist nicht Teil des EU-Erweiterungsprozesses

Europaparlament und Demokratie

Frage 4

Was gab es bei den Europawahlen 2014 zum ersten Mal?

1. mehr Frauen als Männer im Europaparlament
2. Wahlbeteiligung von über 80%
3. **europäische Spitzenkandidaten**

Das sogenannte „Spitzenkandidaten“-Verfahren wird in den EU-Verträgen nicht erwähnt. Als es 2014 zum ersten Mal angewendet wurde, handelte es sich in erster Linie um eine Vereinbarung zwischen den Staats- und Regierungschefs der EU im Europäischen Rat, dem Europäischen Parlament und den europäischen politischen Parteien über die Auslegung des Wortlauts in den Verträgen. Nach dem Verfahren wird der Spitzenkandidat der europäischen politischen Partei, die die meisten Sitze im Europäischen Parlament erhält, Kommissionspräsident. Das war 2014 der Fall, als der Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei (EVP), Jean-Claude Juncker, zum Kommissionspräsidenten ernannt wurde. Vor den Europawahlen 2014 haben fünf europäische Parteien ihre "Spitzenkandidaten" ernannt. Der Vertrag von Lissabon sieht vor, dass der Europäische Rat mit qualifizierter Mehrheit einen

Kommissionspräsidenten zur Billigung durch das Europäische Parlament benennt, wobei die Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament zu berücksichtigen sind. Das hat sich aber 2014 verändert. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments vertreten die Auffassung, dass sich dieses Spitzenkandidaten-Verfahren 2014 als Erfolg erwiesen hat, weil so eine Verbindung zwischen der Wahl des Kommissionspräsidenten und dem Ausgang der Europawahl hergestellt wurde, und betonen, dass die Wahl zum Europäischen Parlament 2019 die Gelegenheit bieten wird, die Nutzung dieses Verfahrens fest zu etablieren. Deshalb werden nur Kandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten akzeptiert, die zuvor als offizielle Spitzenkandidaten ihrer Parteien für die Europawahl 2019 in den Wahlkampf gezogen sind.

Europaparlament und Demokratie

Frage 5

Welchen Preis verleiht das Europäische Parlament?

- 1. Sacharow-Preis**
2. Mandela-Preis
3. Karls-Preis

Die Achtung der Menschenrechte ist einer der grundlegenden Werte der Europäischen Union. Jeder Verstoß gegen diese Rechte - ungeachtet dessen, ob er innerhalb oder außerhalb der EU begangen wird - beeinträchtigt die demokratischen Grundsätze, die unserer Gesellschaft zugrunde liegen. Das Europäische Parlament geht mit legislativen Maßnahmen sowie durch Wahlbeobachtung, monatliche Menschenrechtsdebatten in Straßburg und die Verankerung der Menschenrechte in seinen Außenhandelsabkommen gegen derartige Verstöße vor.

Das Europäische Parlament fördert die Menschenrechte auch durch den Sacharow-Preis für geistige Freiheit, der seit 1988 jährlich verliehen wird. Mit dem Preis werden Personen ausgezeichnet, die sich weltweit in besonderer Weise für die Menschenrechte eingesetzt haben. Dadurch werden einerseits Verstöße gegen die Menschenrechte aufgezeigt und andererseits die Preisträger und ihr Anliegen unterstützt. Der Preis ist nach dem Friedensnobelpreisträger Andrei Sacharow benannt und mit 50.000 Euro dotiert. Er wird jährlich in Straßburg verliehen. Der erste Preisträger war 1988 Nelson Mandela. 2017 ging der Preis an die demokratische Opposition in Venezuela: Die Nationalversammlung (stellvertretend Julio Borges) und die Organisation „Foro Penal Venezolano“.

Europaparlament und Demokratie

Frage 6

Was kann ein EU-Land bei Verletzung der europäischen Grundwerte verlieren?

1. sein Gesicht
- 2. seine Stimme**
3. sein Gewicht

Bei einem schwerwiegenden Verstoß gegen die festgelegten Werte der EU kann ein Sanktionsverfahren eingeleitet werden. Wenn der jeweilige Mitgliedstaat den Empfehlungen der EU nicht folgt und die schwerwiegende anhaltende Verletzung der Werte fortführt, können in einem ersten Schritt bestimmte Rechte u.a. das Stimmrecht im Rat der EU ausgesetzt werden. In letzter Konsequenz kann es zu einer Suspendierung der EU-Mitgliedschaft kommen. Das Sanktionsverfahren ist jedoch in der Praxis zahllos und dient eher als Mittel zur Abschreckung. Die EU hat bislang noch nie die Mitgliedsrechte eines EU-Staates suspendiert. Spätestens seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (2009) sind die Grundwerte in der EU an prominenter Stelle verankert, nämlich in Art. 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV). Er legt die Werte fest, auf welche sich die EU gründet. Dabei handelt es sich um die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, die Wahrung der Menschenrechte sowie der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören. Die grundrechtlichen Verpflichtungen selbst sind in Einklang mit Art. 6 EUV in drei verschiedenen Rechtsgrundlagen verankert: der EU-Grundrechtecharta, der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und in den all gemeinen Grundsätzen des Unionsrechts. Sowohl die EU-Mitgliedstaaten als auch die Organe der EU müssen bei der Anwendung des Unionsrechts die Grundrechte einhalten.

Europa und die Welt

Foto

Foto nach dem Abschluss des Atomabkommens mit dem Iran 2015 in Wien. Auf dem Foto die Verhandlungsführer u.a. EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini, russische Außenminister Sergej Lawrow, deutsche Außenminister Frank- Walter Steinmeier, amerikanische Außenminister John Kerry und der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif. Das Atomabkommen mit dem Iran gilt als einer der größten außenpolitischen Erfolge der EU in den letzten Jahren.

Europa und die Welt

Frage 1

Die EU hat insgesamt rund 500 Millionen Einwohner. Wie viele Länder auf der Welt haben mehr Einwohner?

1. Eins
2. Zwei
3. Drei

Die bevölkerungsreichsten Länder der Welt sind China mit knapp 1,4 Mrd. Einwohnern und Indien mit etwa 1,3 Mrd. Während China allerdings mit 9571km² eine mehr als doppelt so große Gesamtfläche wie die EU – und damit eine vergleichbare

Bevölkerungsdichte – hat, hat Indien jedoch nur etwa 1000 km² Fläche und ist somit deutlich dichter besiedelt. Auf Platz 3 folgt bereits die EU mit ihren 507 Mio. Bürgern. Der drittgrößte einzelne Staat ist, weit abgeschlagen im Vergleich zu den beiden Erstplatzierten, die USA mit 325 Mio. Deutschland ist mit etwa 82,7 Mio. Einwohnern das bevölkerungsreichste Land der EU und im internationalen Vergleich auf Platz 17.

Die Bevölkerungszahl auf der Erde wächst weiter sehr schnell. Leben aktuell noch ca. 7,5 Mrd. Menschen auf der Welt, sollen es im Jahr 2050 bereits 9,7 Mrd. sein. 2100 sollen es Schätzungen zufolge sogar schon 11,2 Mrd. auf der Erde leben. Insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern steigt die Bevölkerung stetig, im Niger bekommt eine Frau bspw. im Schnitt 7,6 Kinder. Gerade in Europa ist hingegen ein anderer Trend zu beobachten: Bis 2050 soll die Bevölkerung von 738 Mio. auf 646 Mio. im Jahr 2100 schrumpfen. In Deutschland wird ein Bevölkerungsrückgang von derzeit 81 Mio. auf 74 Mio. in 2050 und 63 Mio. in 2100 erwartet. Der demographische Wandel hat starke Auswirkungen auf die Gesellschaft und stellt uns sowohl national als auch global vor neue Aufgaben. National hat der Bevölkerungsrückgang vor allem Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die soziale Betreuung. Immer mehr Menschen in Deutschland und Europa werden in Zukunft im Rentenalter sein, dem gegenüber stehen immer weniger junge Menschen, die in die Ausbildungsberufe drängen. Global stehen vor allem Fragen der Ernährungssicherheit, des Zugangs zu Wasser und Wohnraum und der Umgang mit natürlichen Ressourcen im Mittelpunkt. Diese Frage bietet hervorragende Möglichkeiten um über spannende Entwicklungen und Tendenzen, Fakten und Zahlen zur weltweiten demografischen Entwicklung ins Gespräch zu kommen.

Europa und die Welt

Frage 2

Wo kann man der EU-Agentur FRONTEX begegnen?

1. in Banken
- 2. an Grenzen**
3. an Tankstellen

FRONTEX ist ein Akronym aus den französischen Worten *frontières extérieures*, was ‚Außengrenzen‘ bedeutet. In Deutschland ist Frontex auch als Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedsstaaten der EU bekannt. Mit dem Abbau der Binnengrenzen innerhalb des Schengen-Raums wurde es zunehmend wichtiger die Außengrenzen der EU zu kontrollieren, weswegen Frontex auf Beschluss des Europäischen Rats im Jahr 2004 gegründet wurde und 2005 seine Arbeit aufnahm. Der Hauptsitz der Organisation mit ihren ca. 350 Mitarbeitern ist in Warschau. Direktor von FRONTEX ist gegenwärtig Fabrice Leggeri. In den letzten Jahren war an den Außengrenzen Europas ein beispielloser Anstieg der Zahl einreisewilliger Migranten und Flüchtlinge zu verzeichnen. EU-Länder mit einer Außengrenze tragen die alleinige Verantwortung für die Grenzkontrolle. Frontex kann jedoch Ländern, die einem starken Migrationsdruck ausgesetzt sind, zusätzliche technische Unterstützung anbieten. Diese Unterstützung erfolgt durch die Koordinierung der Bereitstellung zusätzlicher technischer Ausrüstung (z. B. Flugzeuge und Boote) und fachkundigen Grenzpersonals. Frontex koordiniert nicht nur die Einsätze zur See (z. B. in

Griechenland, Italien und Spanien), sondern auch an den Landaußengrenzen, u. a. in Bulgarien, Rumänien, Polen und der Slowakei. Die Agentur ist auch auf vielen internationalen Flughäfen in Europa präsent. Zu den wichtigsten Aufgaben von FRONTEX gehören:

- Risikoanalyse – alle Tätigkeiten von Frontex beruhen auf Risikoanalyse. Frontex bewertet die Risiken für die Sicherheit der EU-Grenzen. Die Agentur erfasst Muster und Trends der irregulären Migration und der grenzüberschreitenden Kriminalität, darunter auch Menschenhandel, an den Außengrenzen. Sie teilt den EU-Ländern und der Kommission ihre Erkenntnisse mit und stützt die Planung ihrer Tätigkeiten darauf.
- Gemeinsame Aktionen – Frontex koordiniert die Entsendung von Fachkräften und technischer Ausrüstung (Flugzeuge, Schiffe und Anlagen zur Grenzsicherung/Grenzüberwachung) zu Außengrenzen, an denen zusätzliche Unterstützung benötigt wird.
- Rasche Reaktionen – wenn ein EU-Land an einer EU-Außengrenze äußerster Belastung ausgesetzt ist, insbesondere dem Zustrom zahlreicher Drittstaatsangehöriger, koordiniert Frontex die Entsendung europäischer Grenzschutzteams.
- Forschung – Frontex bringt Grenzkontrollexperten mit Vertretern von Forschung und Industrie zusammen, um sicherzustellen, dass die neuen Technologien den Erfordernissen der Grenzkontrollbehörden entsprechen.
- Aus- und Fortbildung – Frontex entwickelt gemeinsame Ausbildungsstandards für die Grenzbehörden, um die Ausbildung von Grenzschützern in den EU-Staaten und den assoziierten Schengen-Ländern zu harmonisieren. Mit dieser Harmonisierung soll sichergestellt werden, dass die Grenzkontrollstandards, die Reisende beim Überqueren einer EU-Außengrenze antreffen, überall einheitlich sind. Außerdem ermöglicht sie eine effiziente Zusammenarbeit zwischen Grenzschutzbeamten aus verschiedenen Ländern bei den von Frontex koordinierten gemeinsamen Operationen.
- Gemeinsame Rückführungen – Frontex entwickelt optimale Verfahren zur Rückführung von Migranten und koordiniert gemeinsame Rückführungsaktionen (wer zurückgeführt werden sollte, entscheiden jedoch die einzelnen Länder).
- Informationsaustausch – Frontex entwickelt und betreibt Informationssysteme, die den Grenzbehörden einen raschen Informationsaustausch ermöglichen.

Frontex verfügt nicht über eigene Ausrüstung oder Grenzschutzbeamte. Bei der Koordinierung einer gemeinsamen Aktion ist die Agentur auf die Bereitstellung von Grenzschutzbeamten, Schiffen, Flugzeugen und sonstigen Ressourcen durch die EU-Länder angewiesen. Jedes Jahr überqueren etwa 700 Millionen Menschen die Außengrenzen der EU. Eine der größten Herausforderungen besteht deshalb darin, illegale Tätigkeiten aufzudecken, ohne Verzögerungen für andere Reisende zu verursachen. Das jährliche Budget von Frontex ist in den vergangenen Jahren stets erhöht worden und soll nach den Beschlüssen jüngster EU-Gipfels in den kommenden Jahren weiter enorm vergrößert werden. Weiterhin gehen unsere Referenten kurz auf die Europäische Grenz- und Küstenwache und deren aktuellen Einsätze ein. Hier arbeiten gegenwärtig rund 1700 Beamte zum Schutz der Außengrenzen und ergänzen damit 100.000 Grenzschutzbeamte aus den Mitgliedsstaaten. Siehe auch unter: <https://frontex.europa.eu/>

Wie viel Prozent des BIP sollen EU-Länder jährlich für Entwicklungshilfe ausgeben?

1. 17%
2. 1,7%
3. **0,7%**

2017 zahlte die EU an Drittstaaten eine Entwicklungshilfe in Höhe von ca. 70 Mrd. Euro, was rund 0,5% des BIP entspricht. Damit sind die Europäer der größte Geber von Entwicklungshilfe der Welt – über die Hälfte kommt aus der EU. Weitere wichtige Geberländer sind die USA und Japan. Ursprünglich war allerdings angedacht bis 2015 0,7% des BIP in die Entwicklungszusammenarbeit zu investieren. Dieses Ziel wurde nur von wenigen EU-Staaten erreicht: Schweden, Dänemark, Luxemburg; die Niederlande und das Großbritannien. Deutschland zahlte 0,52% des eigenen BIP. Die Entwicklungspolitik nimmt in der Außenpolitik der Europäischen Union eine Schlüsselstellung ein. Die EU hat ihren ursprünglichen Schwerpunkt schrittweise auf die Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean ausgeweitet und arbeitet nun mit etwa 160 Ländern auf der ganzen Welt zusammen. Die EU ist nach wie vor der weltweit größte Geber von Entwicklungshilfen und humanitärer Hilfe. Allein im Jahr 2017 haben die EU und ihre Mitgliedsstaaten gemeinsam fast 70 Milliarden Euro für Entwicklungshilfe zugunsten ihrer Partnerländer bereitgestellt. Das vorrangige Ziel der EU-Entwicklungspolitik ist die nachhaltige Beseitigung der Armut. Dabei orientiert sie sich an den acht Millenniumsentwicklungszielen der Vereinten Nationen. Angestrebt wird unter anderem, extreme Armut um die Hälfte zu reduzieren, die Verbreitung von HIV/Aids einzudämmen und Grundbildung für alle zu gewährleisten. Ziel der EU-Entwicklungspolitik ist es, benachteiligten Menschen in den Entwicklungsländern dabei zu helfen, ihre Entwicklung selbstbestimmt voranzutreiben. Das bedeutet: Beseitigung der Ursachen der Not der Menschen, Krankheitsbekämpfung und Versorgung, Abbau der Schuldenlast, Hilfe zur Selbsthilfe, Förderung der Demokratisierung, Stärkung der Menschenrechte und die Schaffung der Voraussetzungen für ein stabileres wirtschaftliches Umfeld.

Seit 1974 ist die EU beratendes Mitglied...

1. im Weltsicherheitsrat
2. in der NATO
3. **in der UNO**

Die EU ist seit 1974 beobachtendes Mitglied in den UNO und seit dem 3. Mai 2011 besitzt sie einen erweiterten Beobachterstatus in der Generalversammlung der Vereinten Nationen inne, ohne das Abstimmungsrecht zu besitzen. Sie ist somit in der

Generalversammlung neben ihren 28 Mitgliedsstaaten vertreten, von denen 2 als ständige Mitglieder im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sitzen. Dieser erweiterten Beobachterstatus räumt der EU einige Privilegien ein. Sie hat das Recht Stellungnahmen abzugeben, wird zur Teilnahme an der Generaldebatte der Generalversammlung eingeladen, kann Vorschläge und Änderungsanträge, auf die sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union geeinigt haben, mündlich unterbreiten. Die Vertreter der EU haben jedoch „weder das Stimmrecht noch das Recht, Resolutions- oder Beschlussentwürfe mit einzubringen oder Kandidaten aufzustellen“. Normalen Beobachtern in der Generalversammlung, wie dem Heiligen Stuhl oder dem Roten Kreuz, sind diese Privilegien bis dato nicht zuerkannt worden. Weiterhin ist EU als einziger nichtstaatlicher Akteur Vertragspartei von etwa 50 internationalen UN-Verträgen. Sie ist außerdem ein Vollmitglied in einer Vielzahl von Nebenorganen und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen wie der Kommission der Vereinten Nationen für Nachhaltige Entwicklung, dem Waldforum der Vereinten Nationen und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen. Die EU war außerdem ein vollwertiger Teilnehmer an einer Vielzahl von internationalen Konferenzen, wie z.B. den Welt-Klimagipfeln. Ein ganz aktuelles Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen EU und UNO ist ein gemeinsames Projekt gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Dazu haben beide Partner auf der UN-Generalversammlung in New York eine Initiative auf den Weg gebracht. Eingeleitet wurde die mit 500 Mio. Euro ausgestattete Initiative von der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, dem EU-Kommissar für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, Neven Mimica, zusammen mit dem UN-Generalsekretär António Guterres sowie der stellvertretenden UN-Generalsekretärin Amina Mohammed.

Die NATO und die EU haben gegenwärtig 22 identische Mitglieder. Schweden, Finnland, Österreich, Irland, Malta und Zypern sind z.Z. als EU-Mitgliedsstaaten nicht Mitglied der NATO. Durch den EU-Vertrag von Lissabon nimmt der Ausbau der Beziehungen der EU zu regionalen und weltweiten internationalen Organisationen einen noch größeren Stellenwert ein. Im Hinblick auf die UNO gehörte bisher nur der Verweis auf die Beachtung der UN-Charta zu den Grundsätzen der europäischen Außenpolitik; nunmehr soll sich die EU „insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen für multilaterale Lösungen einsetzen“ (Artikel 21 EUV Absatz 1). Die Beziehungen der EU zur Weltorganisation intensivierten sich auch mit dem Aufbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Verpflichtung der EU-Staaten, ihr Handeln in internationalen Organisationen zu koordinieren (Art. 34 EUV). Seit 1. Dezember 2009 wurde aus dem Verbindungsbüro des Rates und der bisherigen Delegation der Kommission die „Delegation of the European Union to the United Nations“; sie ist Bestandteil des EAD und steht unter der Verantwortung der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini. Seit November 2015 ist der Portugieser João Vale de Almeida Leiter der Delegation der EU bei den UNO.

Europa und die Welt

Frage 5

Was plant die EU bis spätestens 2025 mit Australien und Neuseeland?

1. Weltraummissionen
- 2. Freihandelsabkommen**
3. Visumfreiheit

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA) im Oktober 2016 wurde nun auch eine politische Einigung über eine neue Wirtschaftspartnerschaft mit Japan erzielt. Auch für neue Handelsabkommen mit Mexico und weiteren südamerikanischen Ländern stehen die Zeichen gut. Ein neues Ziel der gegenwärtigen Europäischen Kommission ist die Aufnahme von Wirtschaftsverhandlungen und der Abschluss eines neuen Freihandelsabkommens mit Australien und Neuseeland bis spätestens 2025.

Die EU und Australien haben sich erst im Sommer 2017 auf eine engere Zusammenarbeit in entscheidenden Bereichen wie Außen- und Sicherheitspolitik, nachhaltige Entwicklung und Handelspolitik verständigt. Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, und die australische Außenministerin, Julie Bishop, unterzeichneten am Rande des Gipfels der ASEAN-Staaten in der philippinischen Hauptstadt Manila ein Rahmenabkommen. Das bilaterale Abkommen ist eine Vorstufe zu den Verhandlungen über ein geplantes Freihandelsabkommen. Mit Neuseeland pflegen die EU und ihre Mitglieder seit vielen Jahren sehr gute Handelsbeziehungen. Im September 2017 erteilte der Rat der Europäischen Kommission die Ermächtigung Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen aufzunehmen und damit die Wirtschaftsbeziehungen auf eine noch höhere Stufe zu stellen.

Der Welthandel und das Welthandelssystem sind nicht zuletzt durch Strafzölle und Zollandrohungen von D. Trump gegenwärtig in einer ernsthaften Krise. Es besteht allerdings keine Hoffnung auf Fortschritte bei den Verhandlungen über das TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) mit den USA. Trump zählt zu den entschiedenen Gegnern der aktuellen Freihandelsabkommen, weil diese seiner Meinung nach die US-Wirtschaft benachteiligten. Europa ist die größte Handelsmacht der Welt und einer der offensten Wirtschaftsräume weltweit. Die Wirtschaft der EU ist auf Handel angewiesen. Jed im Export erwirtschaftete Milliarde Euro sichert in Europa 14 000 zusätzliche Arbeitsplätze. Seitdem auch die Verhandlungen innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) über ein multilaterales Handelssystem in den letzten Jahren ins Stocken geraten sind, greifen Staaten immer mehr auf bilaterale Freihandelsabkommen zurück, die den Handel zwischen den zwei Vertragspartnern erleichtern sollen. Dabei werden Zölle und nichttarifäre Hindernisse wie zum Beispiel Exportbeschränkungen oder Importquoten abgeschafft. Freihandelsabkommen bergen wie das WTO-System Chancen und Risiken. Von Vorteil ist, dass gegenseitiger Handel den Frieden und konstruktive Lösungen fördert. Zudem können die Abkommen die Wirtschaft ankurbeln und so das Wohlstandsniveau anheben, auch die Wahlfreiheit des Konsumenten wird vergrößert.

Europa und die Welt

Frage 6

Mit den Missionen EUBAM, EUCAP und EUAM unterstützt die EU...

1. Kampf gegen den Hunger
2. **Sicherheit in Krisenregionen**
3. Versorgung von Migranten

Die Abkürzungen stehen für: **European Union Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine (EUBAM Moldau/Ukraine)**, **European Union Capacity Building Mission (EUCAP Sahel Mali)** und **European Union Advisory Mission (EUAM Irak)**. Aufgabe des **EUBAM** ist es, moldauisches und ukrainisches Grenzverwaltungspersonal bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Dies umfasst im Wesentlichen die Durchführung von Workshops, Mentoringprogrammen und beruflicher Weiterbildung. Das Ziel der **EUCAP** in Mali ist die Ausbildung und das Training der Malier Polizisten, Nationalgarde und Gendarmerie um den innerstaatlichen Sicherheitssektor zu stärken. Aufgabe der **EUAM** Irak ist die Unterstützung und Beratung der irakischen Regierung, welche versucht neue staatliche Institutionen zur Wahrung von Frieden und Rechtsstaatlichkeit zu errichten.

Die mit dem *Vertrag von Lissabon 2007* Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), die mit dem *Vertrag von Nizza 2001* unter der Bezeichnung *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik* (ESVP) eingeführt wurde, stärkt die äußere Handlungsfähigkeit der EU. Sie ist Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Die Aufgaben des Bündnisses sind im Einzelnen humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschließlich friedensschaffender Maßnahmen. Es handelt sich dabei um die so genannten Petersberg-Aufgaben. Mit dem Vertrag von Lissabon wurden diese erweitert. Sie enthalten nun auch die Bekämpfung des Terrorismus. Zudem haben die Mitgliedstaaten ihre gegenseitige Solidarität erklärt: im Falle eines Angriffs auf das Territorium eines Mitgliedstaats verpflichten sich die anderen Mitgliedstaaten zu Hilfe und Unterstützung. Die gemeinsame Verteidigungspolitik könnte zu einer gemeinsamen Verteidigung der EU führen. Die Außen- und Verteidigungsminister der EU haben sich bei ihrem Treffen am 6. März 2018 in Brüssel auf weitere Schritte zur Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verständigt. Die EU unterhält momentan 16 Missionen in 14 Ländern: Afghanistan, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Demokratische Republik Kongo, Georgien, Irak, Moldavien/Ukraine, Niger, Palästina, Somalia/Uganda, Südsudan, Guinea-Bissau und Atlanta. Um die Fähigkeiten der EU in Auslandsmissionen zu bündeln, wird ein neues operatives Kommandozentrum geschaffen. Die Beschlüsse gehen zurück auf eine deutsch-französische Initiative. Ursula von der Leyen und ihr Amtskollege Jean-Yves Le Drian haben im vergangenen Jahr Maßnahmen für eine Erneuerung der GSVP eingebracht. Darunter auch die Idee eines „Hauptquartiers“, um eine „permanente militärische Planungs- und Durchführungsfähigkeit“ zu schaffen.

EU-Unionsbürgerschaft

Foto

Foto von einem spanischen Reisepass, als Symbol für die Reisefreiheit innerhalb der EU.

42,6 Jahre betrug 2017 der EU-Durchschnittswert für...

1. die Haltbarkeit von Autos
- 2. das Alter der Bevölkerung**
3. die Länge der Ehezeit

Der durchschnittliche EU-Bürger ist etwa 42,6 Jahre alt. Deutschland ist das älteste EU-Land, hier beträgt das Durchschnittsalter 45,8 Jahre. In der Familienpolitik hat die EU keine vertraglich festgelegten Kompetenzen und hält sich dementsprechend zurück. Somit ist es vor allem Sache der Mitgliedsstaaten selbst, welche Maßnahmen sie einleiten um dem Bevölkerungsrückgang entgegenzutreten. An der Schnittstelle von Sozial-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Fiskalpolitik gewinnt aber Familienpolitik an Bedeutung. Die EU mischt sich in vormals private Angelegenheiten ein, um diesen Politikbereich auf der Grundlage des *acquis communautaire* in Sachen Gleichstellung und entlang wirtschaftlicher Interessen weiter zu entwickeln. Insgesamt ist die Lebenserwartung seit 1980 um fünf Jahre gestiegen und lag 2017 bei durchschnittlich 81 Jahren für Frauen und 75 für Männer, wie es in dem in London vorgestellten „European Health Report“ heißt. Während die Menschen etwa in Skandinavien deutlich älter werden, sinkt die Lebenserwartung in weiter östlich gelegenen Ländern ab. In Deutschland werden dem Bericht zufolge neugeborene Jungen durchschnittlich 78,3 Jahre alt, Mädchen 83,1. 2001 lag der Altersdurchschnitt noch bei 38,3 Jahren. In dieser Zeitspanne ist das Durchschnittsalter in allen EU-Ländern gestiegen. Besonders stark in Litauen, Deutschland, Österreich, Portugal und den Niederlanden mit jeweils 4 Jahren und am stärksten in Rumänien mit 6 Jahren Anstieg im Altersdurchschnitt. Im weltweiten Vergleich ist Uganda das Land mit dem niedrigsten Altersdurchschnitt mit knappen 15 Jahren. Zu begründen ist dies vor allem mit der niedrigen Lebenserwartung von 51,68 Jahren bei Männern und 53,69 Jahren bei Frauen. Das Land mit dem höchsten Altersdurchschnitt ist Japan mit einem Alter von aktuell 46,6 Jahren, knapp gefolgt von Deutschland.

Das durchschnittliche Renteneintrittsalter in der EU liegt fast 20 Jahre über dem Durchschnittsalter, also bei 61,3 Jahren. Die durchschnittliche Länge einer Ehe in der EU beträgt z.Z. ca. 14 Jahre.

Was kann ein Bürger aus Litauen mit Hauptwohnsitz in Deutschland werden?

- 1. Bürgermeister von Köln**
2. Ministerpräsident von Sachsen
3. Bundespräsident von Deutschland

Mit der EU-Unionsbürgerschaft verbunden ist unter anderem das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen sowie bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in seinem Wohnsitzland, auch wenn man nicht dessen Staatsangehörigkeit besitzt. Wer Bürgermeister werden kann, ist im Kommunalwahlrecht der deutschen Bundesländer festgehalten. Demnach kann ein Unionsbürger unter den gleichen Voraussetzungen wie Deutsche zum Bürgermeister oder Landrat gewählt werden, solange er seit mindestens einem Jahr EU-Bürger, seit mindestens 6 Monaten in der Gemeinde bzw. Landkreis wohnt und zwischen 23 und 65 Jahren alt ist. Sein Wohnsitz ist dabei egal. In den folgenden Ländern kann man in den Gemeinderat/Stadtrat gewählt werden, aber der Bürgermeisterposten ist eigenen Staatsangehörigen vorbehalten: Belgien, Bulgarien, Zypern, Frankreich, Griechenland, Italien, Litauen, Polen, Rumänien, Slowenien. In einigen anderen Ländern sind auch die Posten des stellvertretenden Bürgermeisters und der Schöffen eigenen Staatsangehörigen vorbehalten.

1994 hat das EU-Ministerrat die Richtlinie verabschiedet, dass Bürger aus anderen Mitgliedstaaten der EU bei Kommunalwahlen zur Wahl gehen und sich in dem Land, in dem sie wohnen, als Kandidat aufstellen lassen können. Gegenwärtig gibt es in Deutschland keinen Bürgermeister aus einem anderen Mitgliedstaat. Franz Willeme, ein niederländischer Kommunalpolitiker, verfehlte 2011 knapp (mit 49,9%) die Mehrheit bei der Wahl zum Bürgermeister im niedersächsischen Nordhorn, unmittelbar an der niederländischen Grenze gelegen. Er wäre der erste ausländische Bürgermeister in der Geschichte der EU gewesen. In Bayern ist der Posten des Bürgermeisters und des Landrats für deutsche Staatsangehörige reserviert. Begründet wird diese Benachteiligung damit, dass die europäische Kommunalwahl-Richtlinie es den einzelnen Mitgliedstaaten überlässt, leitende Ämter der Exekutive den eigenen Staatsangehörigen vorzubehalten.

Anders ist die Lage bei der Wahl zum Bundespräsidenten in Deutschland. Wählbar ist jeder Deutsche, der das Wahlrecht zum Bundestag besitzt und das 40. Lebensjahr vollendet hat. Dasselbe gilt für das Amt des Ministerpräsidenten.

EU-Unionsbürgerschaft

Frage 3

Wie heißt eine der bisher erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiativen?

1. Stoppt Glyphosath
- 2. Stoppt Glyphosat**
3. Stoppt Glyfosath

Bei der Europäischen Bürgerinitiative „Stoppt Glyphosat“ sind insgesamt 1.070.865 Unterstützungsschreiben in 22 Mitgliedsstaaten eingegangen und wurden dort von den nationalen Behörden validiert. Die Kommission hat die Initiatoren innerhalb der nächsten drei Monate nach Brüssel eingeladen, damit diese ihre Ideen ausführlich vorstellen konnten. Eine öffentliche Anhörung im Europäischen Parlament wurde organisiert, um die Standpunkte aller Akteure anzuhören. Im Anschluss hat die Kommission entscheiden, ob sie einen Rechtsakt vorschlagen wird, einen anderen Weg

finden wird, um die Ziele der Initiative zu unterstützen, oder ob sie nicht handeln wird. Die Kommission wird Ihre begründete Entscheidung im Anschluss bekanntgeben. Die ausführlichen Antworten der Kommission auf die drei Forderungen der Bürgerinitiative waren die folgenden:

1. „Verbot von Herbiziden auf Glyphosat-Basis, deren Exposition mit Krebs beim Menschen in Verbindung gebracht wurde und zu einer Verschlechterung des Zustands von Ökosystemen geführt hat“:

Die Mitgliedstaaten sind für die Zulassung, die Verwendung und/oder das Verbot von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln in ihrem Hoheitsgebiet zuständig. In der EU werden nur Stoffe, deren Verwendung objektiv sicher ist, genehmigt. Nach einer gründlichen wissenschaftlichen Bewertung aller verfügbaren Daten über Glyphosat mit dem Ergebnis, dass es keinen Zusammenhang zwischen Glyphosat und Krebserkrankungen bei Menschen gibt, und einer positiven Abstimmung der Vertreter der Mitgliedstaaten am 27. November 2017 hat die Kommission heute eine Erneuerung der Genehmigung von Glyphosat für 5 Jahre verabschiedet. Präsident Juncker setzte diesen Punkt mehrfach auf die Tagesordnung von Sitzungen des Kollegiums, um sicherzustellen, dass die politische Verantwortung der Kommission gewahrt bleibt. Auf der Grundlage dieser politischen Diskussionen und unter Berücksichtigung des Standpunkts des Europäischen Parlaments beschloss die Kommission, die Dauer der vorgeschlagenen Erneuerung von den üblichen 15 auf 5 Jahre zu verkürzen, womit die Unterstützung möglichst vieler Mitgliedstaaten gesichert war.

2. „Sicherstellung, dass die wissenschaftliche Bewertung von Pestiziden für die Genehmigung durch die Regulierungsbehörden der EU allein auf der Grundlage veröffentlichter Studien erfolgt, die von den zuständigen Behörden und nicht von der Pestizidindustrie in Auftrag gegeben wurden“:

Die Kommission stimmt voll und ganz zu, dass Transparenz bei der wissenschaftlichen Bewertung und bei der Beschlussfassung von größter Wichtigkeit ist, um das Vertrauen in das Regulierungssystem im Bereich Lebensmittelsicherheit sicherzustellen. Eine starke, transparente und unabhängige wissenschaftliche Bewertung, die laufend verbessert wird, ist wesentlich. Bis Frühjahr 2018 wird die Kommission einen Rechtsakt zu diesen und anderen relevanten Aspekten, beispielsweise neuen Regeln für die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), vorschlagen. Die Kommission wird vorschlagen, die geltenden Bestimmungen zu ändern, um sicherzustellen, dass wissenschaftliche Studien öffentlich zugänglich sind. Die Bürgerinnen und Bürger müssen nachvollziehen können, wie solche weitreichende Entscheidungen über die Genehmigung oder das Verbot bestimmter Stoffe zustande kommen. Politische Verantwortung und größere Transparenz sind zwei Seiten derselben Medaille.

3. „Festlegung EU-weit verbindlicher Reduktionsziele für den Einsatz von Pestiziden mit Blick auf die Erreichung einer pestizidfreien Zukunft“:

Bereits jetzt arbeitet die EU daran, die Abhängigkeit von Pestiziden zu verringern und eine pestizidfreie Zukunft zu gestalten, wie dies in der Europäischen Bürgerinitiative gefordert wird. Die Kommission wird darauf hinarbeiten, dass die Mitgliedstaaten ihren Pflichten gemäß der Richtlinie über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden nachkommen und die Abhängigkeit von Pestiziden verringern. Die Mitgliedstaaten wurden auch aufgefordert, in ihren Nationalen Aktionsplänen genauere und besser messbare Ziele aufzustellen. Um Entwicklungen bei der Verringerung der Risiken

aufgrund der Verwendung von Pestiziden auf EU-Ebene zu verfolgen, wird die Kommission außerdem zusätzlich zu den bestehenden nationalen Risikoindikatoren harmonisierte Risikoindikatoren festlegen. Dadurch könnte die Kommission die Wirksamkeit von Maßnahmen bei der Bewertung künftiger politischer Optionen bestimmen. Die Kommission wird die Situation auf der Grundlage der resultierenden Daten neu bewerten und beurteilen, ob EU-weit verbindliche Ziele für Pestizide erforderlich sind. Sie ist ein Instrument der partizipativen Demokratie, das den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gibt, konkrete Änderungen der Rechtsvorschriften in den Bereichen anzuregen, in denen die Europäische Kommission befugt ist, Rechtsakte vorzuschlagen, z. B. in den Bereichen Umwelt, Landwirtschaft, Energie, Verkehr und Handel.

Eine Europäische Bürgerinitiative ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern aus verschiedenen Mitgliedsländern sich zu einem Thema, das ihnen am Herzen liegt, zusammenzuschließen, um Einfluss auf die Politikgestaltung der EU zu nehmen. Um eine Initiative zu starten, braucht es 7 EU-Bürger/-innen, die in mindestens 7 unterschiedlichen Mitgliedsländern leben und das Wahlalter erreicht haben. Sobald eine Initiative 1 Million Unterstützungsbekundungen gesammelt und die Mindestwerte in mindestens 7 Mitgliedsländern erreicht hat, muss die Europäische Kommission entscheiden, ob sie tätig wird. Die Regeln und Verfahren der Bürgerinitiative sind in einer EU-Verordnung geregelt, die im Februar 2011 vom Europäischen Parlament und vom Rat der Europäischen Union verabschiedet wurde.

EU-Unionsbürgerschaft

Frage 4

Rechte und Pflichten der EU-Bürger stehen in...?

1. der Europäischen Verfassung
2. **der EU-Charta der Grundrechte**
3. dem Vertrag von Lissabon

Die Grundrechtecharta der Union definiert in klarer und übersichtlicher Form die Rechte und Freiheiten der Menschen, die in der Europäischen Union leben. Diese Rechte sind von den Organen und Institutionen der Union ebenso wie von den Mitgliedsstaaten, wenn sie EU-Recht umsetzen, zu achten und zu garantieren. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union wurde von der Präsidentin des Europäischen Parlaments, dem Präsidenten des Rates und dem Präsidenten der Kommission anlässlich des Europäischen Rates von Nizza am 7. Dezember 2000 unterzeichnet und feierlich verkündet. In der Charta der Grundrechte der Europäischen Union ist zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union in einem einzigen Text die Gesamtheit der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger sowie aller im Hoheitsgebiet der Union lebenden Personen zusammengefasst. Diese Rechte sind in sechs große Kapitel unterteilt: Würde des Menschen, Freiheiten, Gleichheit, Solidarität, Bürgerrechte und Justizielle Rechte. Sie beruhen insbesondere auf den in der Europäischen Menschenrechtskonvention anerkannten Rechten und Grundfreiheiten, den Verfassungstraditionen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, der Europäischen Sozialcharta des Europarates und der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer

sowie anderen internationalen Übereinkommen, denen die Europäische Union oder ihre Mitgliedsstaaten angehören. Die Grundrechtecharta geht in einigen Punkten über andere Grundrechtskataloge hinaus. Beispielsweise garantiert die Charta den Bürgerinnen und Bürgern ein Recht auf eine gute Verwaltung. Das heißt: Sie haben einen Anspruch darauf, dass ihre Angelegenheiten von den Organen und Einrichtungen der Union unparteiisch, gerecht und innerhalb einer angemessenen Frist behandelt werden. Ferner hat jede Person das Recht, gehört zu werden und die sie betreffenden Akten einsehen zu dürfen. Die Verwaltung muss ihre Entscheidungen begründen. Sie muss einen Schaden, der einem Bürger oder einer Bürgerin durch ihre Organe oder Bediensteten in Ausübung ihrer Amtstätigkeit verursacht wurde, ersetzen.

Der Vertrag über eine Verfassung für Europa war ein 2004 unterzeichneter, aber nicht in Kraft getretener völkerrechtlicher Vertrag, durch den das politische System der Europäischen Union reformiert werden sollte. Er sollte ursprünglich am 1. November 2006 in Kraft treten. Da jedoch nach gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden nicht alle Mitgliedstaaten den Vertrag ratifizierten, erlangte er keine Rechtskraft. Stattdessen schlossen im Dezember 2007 die europäischen Staats- und Regierungschefs unter portugiesischer Ratspräsidentschaft den Vertrag von Lissabon ab, der am 1. Dezember 2009 in Kraft trat.

EU-Unionsbürgerschaft

Frage 5

Du hast 200.000 Euro auf der Bank und diese ist insolvent. Was passiert mit deinem Geld?

- 4. 100.000 Euro sind sicher**
5. Geld sind komplett weg
6. 200.000 Euro sind sicher

Im Jahr 2014 haben sich die EU-Institutionen gemeinsam mit den nationalen Regierungen auf eine EU-Richtlinie zur europäischen Einlagensicherung geeinigt. Demnach soll es gesetzlich garantiert sein, dass EU-weit 100.000 Euro pro Kunde pro Bank gesichert sind. Selbst im Falle einer Bankinsolvenz würde man dieses Geld auf jeden Fall wiederbekommen. Auf alle Beträge über diese 100.000 Euro gibt es in einem solchen Falle allerdings keine Garantien.

Die europäische Einlagensicherung wurde bereits vor der neuen Richtlinie auf Zypern angewandt. Im Gegenzug zu einem neuen Rettungspaket der EU-Mitgliedsstaaten wurden Sparer mit mehr als 100.000 Euro auf dem Konto an den Kosten der Bankenrettung beteiligt, die Gelder von Sparern mit weniger Ersparnissen auf dem Konto wurden hingegen nicht angetastet. Spätestens ab dem 31. Dezember 2023 müssen die Mitgliedstaaten die Frist für die Auszahlung der Entschädigung an die Einleger auf sieben Tage ab Feststellung des Entschädigungsfalls verkürzen. Derzeit beträgt sie 20 Tage. In Deutschland gilt die kurze Entschädigungsfrist von 7 Tagen bereits seit dem 1. Juni 2016.

Richtlinien sind eines von verschiedenen Instrumenten der Europäischen Kommission um in die nationale Gesetzgebung der Mitgliedsstaaten Einfluss zu nehmen und die Gesetzgebungen der Mitgliedsstaaten zu harmonisieren. Im Gegensatz zu einer EU-

Verordnung, die ein verbindlicher Rechtsakt und von allen Staaten unmittelbar umzusetzen ist, gibt eine EU-Richtlinie nur ein verbindliches Ziel für die Staaten vor und überlässt es den Regierungen selbst, was für Maßnahmen sie implementieren möchte um dieses Ziel zu erreichen. Weitere Rechtssprechungsinstrumente sind Beschlüsse, die für einzelne Mitgliedsstaaten verbindlich und unmittelbar anwendbar sind sowie unverbindliche Empfehlungen und Stellungnahmen.

Die weltweite Finanz- und Bankenkrise, die 2007 in den USA ihren Anfang nahm und sich in der Folge rapide ausweitete, hat auch viele EU-Mitgliedsstaaten schwer getroffen. Zahlreiche Banken mussten mit EU-Geldern vor der Insolvenz gerettet werden, dafür waren insgesamt 1,6 Billionen Euro notwendig. Um eine solche Bankenrettung nie wieder nötig zu machen hat die EU 2014 die Bankenunion beschlossen. Diese besteht aus drei Komponenten, von denen die Einlagensicherung eine ist. Die anderen beiden sind eine einheitliche Bankenaufsicht, die von der EZB übernommen wird sowie eine einheitliche Bankenabwicklung.

Momentan wird das Thema Bankenunion vom französischen Präsident Emmanuel Macron bereits fortgeschritten. Was in dieser Hinsicht noch kontrovers diskutiert wird ist etwa eine europäische Einlagensicherung im Bankenwesen.

EU-Unionsbürgerschaft

Frage 6

Du reist als Tourist in ein anderes EU-Land. Wie lange darfst du unangemeldet in diesem Land bleiben?

1. einen Monat
- 2. drei Monate**
3. unbegrenzt

Für Reisen bis zu drei Monaten ist für EU-Bürger, innerhalb der EU lediglich der Personalausweis oder der Reisepass vonnöten. In einigen EU-Ländern ist aber man verpflichtet, seinen Aufenthalt den zuständigen Behörden (oft dem Rathaus oder einer örtlichen Polizeidienststelle) innerhalb eines angemessenen Zeitraums nach der Ankunft zu melden. Versäumt man dies, so riskiert man eine Strafe, z. B. ein Bußgeld.

In der Europäischen Union ist die Personenfreizügigkeit seit 1993 als eine der vier Grundfreiheiten, neben der Warenverkehrsfreiheit, der Dienstleistungsfreiheit und dem freien Kapital- und Zahlungsverkehr, garantiert. Falls die Absicht besteht länger als drei Monate in einem EU-Mitgliedsstaats zu bleiben, müssen einige Bedingungen erfüllt werden, es gelten administrative Pflichten. Man muss sich beispielsweise im Gastland anmelden. Die notwendigen Dokumente für die Anmeldung sind direkt im Gastland bzw. bei den örtlichen Behörden für ausländische Angelegenheiten (wie das Landratsamt bzw. Ausländeramt in Deutschland) zu erkundigen.

Diese sind von der Rechtsstellung des Einreisenden im EU-Aufnahmemitgliedstaat abhängig, belaufen sich jedoch grundsätzlich darauf, dass genügend Existenzmittel für die Aufenthaltsdauer vorhanden ist. Dazu kommt, dass ein umfassender Krankenversicherungsschutz bei dem Einreisenden vorliegen muss. Das gleiche gilt für Studierende in einem anderen EU-Land. Die Aufenthaltserlaubnis außerhalb der EU mit einem Touristenvisum beträgt 90 Tage. In den meisten Fällen, muss der Reisepass mindestens 3 Monate nach dem Ausreisedatum noch gültig sein.

Fallbeispiel

Im Urlaub müssen Sie sich erst bei Aufenthalten über drei Monaten anmelden.

Hans ist Österreicher und verbringt seine Sommerferien jedes Jahr an der italienischen Küste. Im letzten Sommer blieb er zwei Monate lang in seiner eigenen Wohnung in Italien. Er meldete seine Anwesenheit, aber die italienischen Behörden verlangten von ihm, sich auch im Rathaus anzumelden und nachzuweisen, dass er über ausreichende Mittel verfügt, um seinen Lebensunterhalt in Italien zu bestreiten. Hans darf jedoch allein mit seinem Personalausweis bis zu drei Monaten in Italien bleiben. Bei einem solchen Kurzaufenthalt können die italienischen Behörden von ihm verlangen, seine Anwesenheit zu melden, nicht aber, sich offiziell anzumelden.

EU-Mitgliedsstaaten

Foto

Foto von den Flaggen der gegenwärtigen EU-Mitgliedsstaaten.

EU-Mitgliedsstaaten

Frage 1

Was brachte Polen 2004 mit in die EU?

1. **Goralen, Zlotys, Masuren**
2. Armenier, Forints, Balaton
3. Tataren, Leu, Balkan

Polen wurde im Rahmen der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 Mitglied der EU. Neben Polen traten damals Estland, Lettland, Litauen, Malta, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern der EU bei. Die EU-Osterweiterung ist die größte Erweiterung in der Geschichte der EG/EU. Sie ist von epochaler Bedeutung, weil sie im Zeichen der »Wiedervereinigung des Kontinents« und der »Rückkehr nach Europa« jener Länder steht, die durch den Eisernen Vorhang von der westeuropäischen Integrationsentwicklung abgeschnittenen worden waren. Mit der Aufnahme von Rumänien und Bulgarien zum 1. Januar 2007 ist die EU auf 27 Mitgliedstaaten gewachsen und zählte nun rund 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Kroatien wurde am 1. Juli 2013 das 28. Mitglied der Europäischen Union. Durch diese Erweiterungsrunde kam es zu einer enormen Bereicherung der EU in vielen gesellschaftlichen Bereichen u.a. Kunst und Kultur, Sprachen, Traditionen, Wirtschaft und Politik.

Polen brachte mit den Goralen eine weitere interessante nationale Minderheit in EU ein. Die **Goralen** sind eine an der polnisch-slowakischen Grenze und der polnisch-tschechischen Grenze lebende westslawische Ethnie. Sie sprechen Goralisch, einen polnischen Dialekt mit slowakischen und tschechischen Einflüssen. In Polen leben die

Goralen in der Tatra und in Teilen der Beskiden. Der **Złoty** ist bis heute die Währung der Republik Polen. Ein Złoty ist in 100 Groszy geteilt. Für einen Euro erhält man aktuell ca. 4,20 Zlotys. Die **Masuren** ist eine Region des ehemaligen Ostpreußens in der im Norden Polens gelegenen Woiwodschaft Ermland-Masuren. Der inoffizielle Name Masuren kam seit dem 18. Jahrhundert in Gebrauch, da sich viele evangelische Zuwanderer aus dem südlicher gelegenen Masowien in Ostpreußen angesiedelt hatten. Der Eigenname der Masowier bedeutet „Mensch“ oder „Einwohner“ und entspricht dem polnischen „maż“: Mann. Der polnische Name ist im Gegensatz zum deutschen ein grammatischer Plural. Seit der Teilung Ostpreußens 1945 ist Masuren die größte Seenlandschaft Polens. Die Masuren sind ein beliebtes Ziel für Touristen aus Polen und vielen Teilen Europas sowie ein Paradies für Angler und Wassersportler. Die beiden falschen Antworten würden im gleichen Sinne auf Ungarn und Rumänien zutreffen.

EU-Mitgliedsstaaten

Frage 2

Für eine Weltraummission zum Mars 2030 arbeiten bulgarische Wissenschaftler an...

1. himmlischen Betten
2. **kosmischem Gemüse**
3. galaktischen Fernsehprogrammen

Bulgarien ist die 18. Raumfahrtnation der Welt und das sechste Land, das Kosmonauten ins All geschickt hat. Und - Bulgarien ist nach den Vereinigten Staaten und Russland die Nr. 3 für Weltraumnahrung. Dafür ist Bulgarien, was kosmische Gewächshäuser für Gemüse anbetrifft, unangefochtener Spitzenreiter. Bereits 1990 belegen bulgarische Forscher, dass die wissenschaftliche Phantastik bereits Wirklichkeit ist. Denn Pflanzen können nicht nur fliegen, sondern auch in Raumstationen angebaut werden. Nach langjährigen erfolglosen Versuchen seitens der Russen und Amerikaner, gelingt es bulgarischen Wissenschaftlern, ein Gewächshaus für vier frische Gemüsesorten wie u.a. Radieschen und schmackhaften Gartensalat zu entwickeln. Zurzeit arbeiten bulgarische Forscher an der dritten Generation einer Gewächshaus-Anlage für die geplante Mission zum Mars 2030. Die darin gezüchteten Pflanzen sollen im Astronauten-Menü als frische, vitaminreiche Zutat benutzt werden. Dies wird das Zustandebringen eines vielfältigen, nahrhaften Ernährungsplans ermöglichen.

EU-Mitgliedsstaaten

Frage 3

Was muss bis 2019 in Tschechien komplett geschlossen werden?

1. **Pelztierfarmen**
2. Raucherrestaurants
3. Atomkraftwerke

Die Regeln zur Pelztierzucht sind innerhalb der EU, aber auch global betrachtet, sehr umstritten. Insbesondere Tierschutzorganisationen fordern seit vielen Jahren härtere Regeln zum Schutz der Tiere in der EU sowie genauere Kontrollen bei Importen aus Drittländern u.a. aus China. Einige EU-Länder haben inzwischen Pelzfarmverbote oder strengere Vorgaben für die Haltung erlassen, auch Deutschland. Das tschechische Parlament hat im Juni 2017 das Verbot aller Tierpelzfarmen bis 2019 beschlossen. Durch die Schließung der Farmen können jährlich zehntausende Tiere, vor allem Füchse, Nerze und Marderhunde gerettet werden. Neben Tschechien, haben die Niederlande, Slowenien und Kroatien, aber auch Mazedonien und Österreich bereits ein komplettes Verbot von Tierpelzfarmen eingeführt.

EU-Mitgliedsstaaten

Frage 4

Die neue Nationalbibliothek in Riga wurde 2014 eröffnet. Wie kamen die Bücher von der alten in die neue Bibliothek?

1. mit Rentierschlitten
2. mit Drohnen
- 3. Hand zu Hand von 25.000 Menschen**

Zur Neueröffnung der Bibliothek, während Rigas Zeit als Europäische Kulturhauptstadt 2014 wurde ein ausgewählter Bestand von dem alten Gebäude auf der Ostseite der Daugava, per Menschenkette über die „Akmens Tils“ zum Neuen Gebäude gebracht. : Rund 25.000 Menschen bildeten trotz klirrender Kälte eine Kette und reichten von Hand zu Hand die ersten Bücher weiter. Das neue Hauptgebäude trägt den Titel „Gaismas Pils“ was Lichtpalast oder Lichterburg heißt, und wurde vom lettisch-amerikanischen Architekten Andris Vilks entworfen. Nach Abschluss des Umzugs wird der 68 Meter hohe Neubau mehr als vier Millionen Bücher beherbergen, dazu über 1000 Leseplätze, Konferenzräume, Ausstellungssäle und ein Restaurant. Der schimmernde Palast, der sich gegenüber von Rigas Altstadt in der Düna spiegelt, hat inklusive der Keller 13 Stockwerke; seine Baukosten betragen knapp 200 Millionen Euro. Während Lettlands EU-Ratspräsidentschaft 2015 wurden auch viele Treffen in dem Bibliotheksgebäude abgehalten.

EU-Mitgliedsstaaten

Frage 5

Mit nur knapp 3 Millionen Einwohnern ist Litauen seit vielen Jahren Weltspitze...

- 1. im Basketball**
2. im Eishockey
3. im Tauziehen

Die Litauer selbst sagen, dass sie Basketball im Jahr 1937 lieben gelernt haben. Damals gewann die litauische Nationalmannschaft in Riga zum ersten Mal die Europameisterschaft. Die Heimreise der Mannschaft soll damals viele Stunden gedauert haben, denn in jedem Dorf soll der Zug von den Dorfbewohnern angehalten worden sein, die gemeinsam mit „ihrer“ Mannschaft den Titel feiern wollten. Doch schon 1940 wurde diese Freude getrübt, als Stalins Truppen das Land stürmten und die 50 Jahre währende Besetzung Litauens begann. Vorbei war die ungetrübt Freude über den Erfolg im Basketball, denn die litauischen Basketballspieler galten als zu nationalistisch eingestellt und kamen deshalb auf die schwarze Liste. Doch die Litauer wollten sich nicht geschlagen geben. Jahrelang widersetzten sie sich mit Žalgiris Kaunas und Statyba Vilnius dem ZSKA Moskau. Angeblich reisten 5000 litauische Fans zum Finale der sowjetischen Meisterschaft nach Moskau zwischen Žalgiris und ZSKA, obwohl sie keine Eintrittskarten besaßen. Der Trainer von ZSKA, Oberst Gomelsky, erfuhr davon und um zu vereiteln, dass die litauischen Fans ins Stadion kamen, befahl er, dass alle Platzkarten an russische Soldaten verteilt wurden. Doch so leicht gaben sich die Žalgiris Fans nicht geschlagen: Sie durchkämmten die Kasernen und tauschten die Tickets gegen Wodka ein. Die Finals gegen ZSKA sollen es auch gewesen sein, die die Litauer zur Erneuerungsbewegung Litauens kurz „die Bewegung“ („Sajūdis“) inspiriert haben. Diese Reformbewegung führte den friedlichen Kampf zur Wiedererlangung der litauischen Unabhängigkeit Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre an.

Das goldene Zeitalter von Žalgiris und dem litauischen Basketball ist für die Litauer sehr eng mit Arvydas Sabonis verbunden. Ihn halten die Litauer für den größten Spieler aller Zeiten. Mit ihm wurde Žalgiris 1985, 1986 und 1987 Meister der UdSSR. Danach spielte er in der NBA. Als er 1988 mit der sowjetischen Mannschaft Olympiasieger in Seol wurde, trug er ein T-Shirt mit dem Schriftzug „Lietuva“ (Litauen) auf seiner Brust. Er kämpfte um Aufmerksamkeit oder wenigstens sportliche Anerkennung Litauens und sagte während der Europameisterschaft 1992: „Ein kleines Land will immer zeigen: Hey, uns gibt es auch“. Keine Frage: Arvydas Sabonis wird in Litauen als Nationalheld verehrt. Auch heute gilt Litauen trotz seiner nur knapp drei Millionen Einwohner als Großmacht im Basketball, als das Brasilien des Basketballs. Litauen ist die Heimat unzähliger Stars und bringt immer wieder neue Talente hervor. Es gibt circa 60 Basketballschulen in Litauen und an fast jeder Hauswand kann man einen Basketballkorb entdecken. Im Stadion, wenn die Litauer ihre Nationalhymne lauthals mitsingen, herrscht Gänsehautstimmung. Egal ob bei Spielen der Nationalmannschaft oder bei Clubspielen in der Euroleague, das ganze Land steht geschlossen hinter seiner Mannschaft. „Die schönste Zeit des Jahres für die Litauer“ – so könnte man die Zeit während einer Europa- oder Weltmeisterschaft bezeichnen. Dann gibt es Sondermünzen, Sonderpostkarten und Sonderbriefmarken. In den Bars werden alle Spiele live übertragen und die Spieler der Nationalmannschaft lächeln einem von Plakaten für Mineralwasser, Schokoriegeln, Handys oder Laptops entgegen. Basketball, das ist für die Litauer viel mehr als nur eine Sportart. Basketball ist für die Litauer ein Sinnbild ihres Kampfes für die Unabhängigkeit und damit ihr ganzer Stolz und Basketball verschafft den Litauern die Aufmerksamkeit, nach der sie sich so sehr sehnen. Die großen Erfolge der litauischen Nationalmannschaft können Sie nachlesen unter:

https://de.wikipedia.org/wiki/Litauische_Basketballnationalmannschaft

In der Slowakei wurde 2015 erstmals die Millionengrenze bei der ... überschritten.

1. Anzahl von Solaranlagen
2. Anmeldung von Patenten
- 3. Produktion von Autos**

In der Slowakei wurden 2016 1,04 Millionen Autos produziert, teilte der Verband der slowakischen Autoindustrie ZAP am Dienstag in Bratislava mit. Die drei Autobauer im Land, VW Slovakia, Kia Motors und Peugeot Citroen, hatten die Millionen-Grenze bereits 2015 überschritten, dabei aber mit 1,038 Millionen Neuwagen minimal weniger Fahrzeuge hergestellt. Im Land mit gut fünf Millionen Einwohnern sind demnach 2016 pro 1.000 Einwohner 191 Wagen von den Fließbändern gerollt, womit die Slowakei ihre Position als weltweit größter Produzent von Neuwagen pro Kopf halten konnte. Der EU-Durchschnitt lag im vergangenen Jahr bei 40,8 Fahrzeugen pro 1.000 Einwohnern. Insgesamt machte die Autoproduktion 44 Prozent der gesamten Industrieproduktion des EU-Landes aus, die Autobranche stellte auch 35 Prozent des Industrie-Exports der Slowakei. Rekordwerte erreichte 2016 auch die Zahl der Neuzulassungen von Autos in der Slowakei sie stiegen um 13,09 Prozent auf über 88.000. Der Spitzenreiter Kia Motors Slovakia hat an seinem Standort in der Nähe Žilinas, das etwa 200 Kilometer vom Flughafen in Bratislava entfernt liegt, 339.500 Fahrzeuge hergestellt. Das Werk hatte ursprünglich eine Milliarde Euro gekostet und gilt als sehr wichtige Investition für den Gesamtkonzern, weil von hier aus die Absatzmärkte in 44 Ländern bedient werden, die über den gesamten Globus verteilt sind. Auf den zweiten Platz kam die französische PSA Group Slovakia in der Nähe der Hauptstadt Bratislava, am Standort Trnava, wo 315.050 Wagen vom Band liefen. Darüber hinaus schätzt die ZAP die Produktion von Volkswagen, der Nummer drei, auf 385.450.

Im Auftrag von Philipp II. von Spanien schuf der italienische Maler in den Jahren 1559-1562 das Gemälde „Raub der Europa“. Europa ist eine Gestalt der griechischen Mythologie, die Tochter des phönizischen Königs Agenor und der Telephassa. Zeus verliebte sich in sie. Er verwandelte sich wegen seiner argwöhnischen Gattin Hera in einen Stier. Sein Bote Hermes trieb eine Kuhherde in die Nähe der am Strand von Sidon spielenden Europa, die der Zeus-Stier auf seinem Rücken entführte. Er schwamm mit ihr nach Matala auf der Insel Kreta, wo er sich zurückverwandelte. Der Verbindung mit dem Gott entsprangen drei Kinder: Minos, Rhadamanthys und Sarpedon. Auf Grund einer Verheißung der Aphrodite wurde der fremde Erdteil nach Europa benannt.

**Der tschechische Schriftsteller und Politiker Václav Havel sagte:
„Die größte Gefahr für Europa ist...“**

1. Russlands Wodka
2. Deutschlands Größe
- 3. Europa selbst**

In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom April 2007 brachte er mit diesem Satz zum Ausdruck, dass weder Russland noch die USA eine Gefahr für Europa darstellen, sondern eine Gefahr für Europa nur von sich selbst ausgehen kann. Damit spielte er vor allem auf die zwei Weltkriege an, die ihren Ursprung in Europa nahmen.

Václav Havel (1936 – 2011) war ein tschechischer Dramatiker, Menschenrechtler und Politiker. Während der Herrschaft der kommunistischen Partei war er einer der führenden Regimekritiker der Tschechoslowakei und Initiator der Charta 77, einer Bürgerrechtsbewegung, die der Mittelpunkt der Opposition gegen das kommunistische Regime war. Nach der samtenen Revolution, an der er maßgeblich beteiligt war, war er von 1989 bis 1992 der letzte Staatspräsident der Tschechoslowakei und von 1993 bis 2003 der erste der Tschechischen Republik. Gerade heute im Schatten der Diskussionen um eine europäischen Flüchtlingspolitik und des Brexits, ist die Einigkeit Europas mehr denn je in Frage gestellt und bedroht. Nicht die äußeren Einflüsse, sondern die inneren sind entscheidend für den Zusammenhalt zwischen den Nationen. Nur durch die Rückbesinnung auf die Grundwerte der EU und das Zurückstellen der eigenen nationalen Interessen für die gemeinsamen Ziele kann die Europäische Integration erreicht werden.

Wo kann man folgende große Europäer finden? Mark Aurel, Bertha von Suttner, Wolfgang Amadeus Mozart, Miguel de Cervantes.

1. in Nationalhymnen
- 2. auf Euromünzen**
3. auf dem Wiener Zentralfriedhof

Alle vier Persönlichkeiten sind auf mindestens einer Euromünze verewigt.

Mark Aurel war von 161-180 römischer Kaiser und ist auf der italienischen 50-Cent-Münze. Wolfgang Amadeus Mozart war ein österreichischer Komponist der Wiener Klassik. Er schmückt unter anderem Briefmarken, Banknoten und die österreichische 1-Euro-Münze. Bertha von Suttner 1843-1914 war Friedensforscherin, Schriftstellerin und erhielt als erste Frau 1905 den Friedensnobelpreis. Sie ist auf der österreichischen 2-Euro-Münze zu sehen. Auf den spanischen 10-, 20- und 50-Cent-Münzen ist Miguel de

Cervantes abgebildet. Geboren 1547, gilt er als spanischer Nationaldichter und ist Autor von Don Quijote. Die Eurozone besteht aus 19 Staaten, zudem gibt es Währungsvereinbarungen beispielweise mit Monaco oder dem Vatikanstadt, aber auch Montenegro und der Kosovo benutzen den Euro als Währung ohne formelles Abkommen. Die Vorderseite ist in der Europäischen Union standardisiert und zeigt die Umriss der Mitgliedstaaten des Eurosystems. Die Rückseiten werden von den Staaten selbst gestaltet.

Jeder Mitgliedstaat des Euro-Raums kann jährlich eine 2-Euro-Münze mit einer besonderen Gestaltung auf der nationalen Seite prägen. Irland und Estland sind die einzigen Staaten, die auf allen Münzen das gleiche abgebildet haben, Irland eine Harfe und Estland die Umriss des Staates. Die deutschen 1- und 2-Euro-Münzen zeigen den Bundesadler, die 50-, 20- und 10-Cent-Münzen das Brandenburger Tor und die 5-, 2- und 1-Cent-Stücke ein Eichenlaubblatt. Die beliebtesten Motive auf den Euro- und Cent-Münzen der Länder sind historische Persönlichkeiten und Bauwerke sowie Motive aus Flora und Fauna.

Berühmte Europäer

Frage 3

Welche berühmte Persönlichkeit wählte das US-Magazin „Forbes“ elf Mal zur mächtigsten Frau der Welt?

- 1. Angela Merkel**
2. Hillary Clinton
3. Königin Elisabeth II.

Das US-Magazin "Forbes" hat Bundeskanzlerin Angela Merkel 2017 zum siebten Mal in Folge und zum elften Mal insgesamt zur mächtigsten Frau des Jahres gekürt. Die CDU-Politikerin "hält ihren Platz nach einem Sieg in einer heftig umkämpften Wahl", schreibt die Zeitschrift. "Deutschland ist die viertgrößte Wirtschaft nach BIP (Bruttoinlandsprodukt) und die größte, die von einer Frau angeführt wird." Auf dem zweiten Platz der "Forbes"-Liste landete als Neueinsteigerin Großbritanniens Premierministerin Theresa May. Die Demokratin Hillary Clinton, die Donald Trump in der US-Präsidentenwahl unterlag, rutschte vom zweiten auf den 63. Platz der jährlichen Rangliste ab. Trumps Tochter und Beraterin Ivanka landete auf dem 19., die UN-Botschafterin der USA, Nikki Haley, auf dem 43. Platz. Merkel und May wurden gefolgt von Melinda Gates, Mitvorsitzende der Bill and Melinda Gates Foundation (3), der Facebook-Managerin Sheryl Sandberg (4) sowie Mary Barra, Chefin des größten US-Autobauers General Motors (5). Für die Liste berücksichtigt "Forbes" unter anderem Vermögen, Medienpräsenz und Einfluss der jeweiligen Frauen. Die Zeitschrift wählte den russischen Präsidenten Wladimir Putin in den letzten Jahren gleich viermal hintereinander zum mächtigsten Menschen der Welt.

Wodurch ging der belgische Fußballprofi Jean-Marc Bosman 1995 in die Geschichte der EU ein?

- 1. Bosman-Urteil**
2. Bosman-Attentat
3. Bosman-Plan

Das Bosman Urteil, wurde 1995 vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) gefällt mit langfristigen Konsequenzen für das europäische Transfersystem. Der Auslöser, war die Klage des belgische Fußballspieler Jean –Marc Bosman gegen seine alten Verein RFC Lüttich wegen einer zu hohen Ablösesumme. Durch diese Ablösesumme, sah sich Bosman in seiner Arbeitnehmerfreizügigkeit eingeschränkt. Diese sagt aus, dass Unionsbürger in anderen Mitgliedstaaten unter den gleichen Voraussetzungen arbeiten dürfen wie Angehörige dieses Mitgliedstaates. In seinem Urteil entschied der EuGH, das Vereine nach Vertragsende keine Ablöse für Spieler fordern dürfen, die von einem EU-Mitgliedstaat in einen anderen wechseln. Darüber hinaus wurden Beschränkungen für die Anzahl von ausländischen Spielern, für Spieler aus EU-Mitgliedsstaaten für ungültig erklärt.

Einer der Gründer der europäischen Einigung war der französische Unternehmer und Politiker...

1. Édouard Manet
2. Claude Monet
- 3. Jean Monnet**

Der Franzose Jean Monnet (1888-1979) gilt als Wegbereiter der Europäischen Einigung und war Politik- und Wirtschaftsberater. Er war Urheber des „Schumann-Plans“, welcher zur Zusammenlegung der westeuropäischen Schwerindustrie (EGKS) führte und den Anfang der heutigen Europäischen Union darstellt. Es gab nach dem Krieg die Überlegung wie Krieg zwischen den Nachbarländern verhindert beziehungsweise verringert werden kann. Der Ursprung der heutigen EU liegt in der 1951 gegründeten Europäischen Gemeinschaft, die aus der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bestand. Gründungsmitglieder waren Belgien, die BRD, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

Edouard Mannet war ein französischer Maler und gilt als einer der Wegbereiter der modernen Malerei. Claude Monet war ein bedeutender französischer Maler in der Stilrichtung des Impressionismus.

Wer war kein Mitglied des Europäischen Parlaments?

1. der italienische Bergsteiger Reinhold Messner
2. die griechische Sängerin Nana Mouskouri
- 3. der französische Präsident Emmanuel Macron**

Mitglieder des Europäischen Parlaments sind nicht nur Politiker, sondern auch Persönlichkeiten aus anderen gesellschaftlichen Bereichen. Zahlreiche prominente Sportler, Künstler und Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern wurden in den vergangenen Jahren ins EP gewählt.

Rheinhold Messner ist der wohl bekannteste Bergsteiger der Welt. Er war der erste Mensch, der den höchsten Berg der Welt, den Mount Everest, ohne Zunahme von Flaschensauerstoff bestieg. Neben seinen Tätigkeiten als Extrembergsteiger, Abenteurer und Buchautor, engagierte sich Messner auch in der Politik. Von 1999-2004 vertrat er die italienischen Grünen in Europaparlament. Nana Mouskouri ist eine sehr bekannte griechische Sängerin. Im deutschsprachigen Raum wurde sie vor allen Dingen durch den Schlager *Weißer Rosen aus Athen* bekannt. Ihre musikalische Vielseitigkeit und sprachliche Begabung ermöglichten ihr eine weltweite Karriere. Laut einer Erhebung des Weltverbands der Phonoindustrie im Jahre 2015 war Mouskouri mit 300 Millionen verkauften Tonträgern nach Madonna die zweiterfolgreichste Sängerin weltweit. Über 300 Goldene, Platin- und Diamantene Schallplatten dokumentieren Mouskouris jahrzehntelangen Erfolg. Nana Mouskouri beteiligte sich an der Opposition gegen die Diktatur der Obristen in Griechenland. Nach dem Ende der Militärdiktatur trat sie nach über 20 Jahren Exil am 23. und 24. Juli 1984 im Odeon des Herodes Atticus in Athen auf. Aufnahmen dieser Konzerte erschienen später auf Platte. Seit 1993 ist sie UNICEF-Sonderbeauftragte. Von 1994 bis 1999 war sie Europa-Abgeordnete für die konservative Nea Dimokratia.

Der gegenwärtige französische Präsident, Emmanuel Macron, war dagegen nie Mitglied des EP. Er war von 2006 bis 2009 Mitglied der Sozialistischen Partei und von August 2014 bis August 2016 Wirtschaftsminister im Kabinett unter Staatspräsident François Hollande. Macron trat mit liberalen Positionen als Kandidat zur Präsidentschaftswahl in Frankreich 2017 mit der von ihm gegründeten Partei *En Marche* an.